

# FANFARE



DAS INFOBLATT DER  
FREIEN DEUTSCHEN JUGEND



*"Frankreich ist die zweitgrößte Volkswirtschaft der Euro-Zone,  
die fünftgrößte Macht der Welt, und es hat nicht die Absicht,  
meine Damen und Herren, sich nach den maßlosen  
Obsessionen von Deutschlands Konservativen zu richten"*

*Französischer Wirtschaftsminister*

*Arnaud Montebourg,*

*25. August 2014\**

**STOPPT DAS DEUTSCHE DIKTAT!**



*\*Am 25. August 2014 wurde Montebourg wegen seines Widerstandes  
gegen das deutsche Diktat  
zum Rücktritt gezwungen.*

INHALT	SEITE
<i>Flüchtlinge aus NRW? Ab nach Köpenick (Berlin)</i>	2
<i>Eine Befreiung und die erneute Unterwerfung - die Ukraine</i>	4
<i>Internationale Erklärung zum 9. Mai</i>	14
<i>Radl Demo gegen Kriegsvorbereitung</i>	15
<i>Mindestlohn - ist er das, was er verspricht?</i>	16
<i>Toter Soldat in der Frankfurter Klingerschule</i>	17
<i>Ein Zug durch die Republik gegen den deutschen Krieg!</i>	18
<i>Wir sind doch nicht blöde - Mit nem Karussell in einem Innenhof im Gallus</i>	19
<i>100 Jahre I. Weltkrieg • 75 Jahre II. Weltkrieg • 15 Jahre Angriffskrieg gegen Jugoslawien –Stoppt den deutschen Kriegskurs!</i>	20
<i>Rote Werkstatt - Vorbereitung der internationalen Antikriegsaktion</i>	22
<i>Panem et circenses: Fußball, das Volk und die WM</i>	24
<i>Posse auf Stahlfass der Agitproptruppe Roter Pfeffer</i>	26
<i>„Leiharbeit – so ein Dreck! Werkvertrag – der muss weg!“</i>	28
<i>Freispruch aus altnazistisch-annexionistischer Willkür</i>	29
<i>13. August: „Ich komm von hier und es gefällt mir. Berlin ist eine sehr politische Stadt“</i>	30
<i>Schritt für Schritt zur „Normalität“ oder mit Franz Josef Strauß: „Ein Volk, das diese wirtschaftlichen Leistungen erbracht, hat ein Recht darauf, von Auschwitz nichts mehr hören zu wollen!“</i>	32
<i>Antifaschistisches Open-Air Kino</i>	34



Strandlandschaft 2013, von Günter Wangerin

## Flüchtlinge aus NRW? Ab nach Köpenick(B)!



Wenige in diesem Land werden das Örtchen B ü r e n kennen. In diesem Örtchen liegt, mitten im Wald, fast idyllisch gelegen eine JVA, also ein Knast. Ein ganz normaler Knast, nicht gerade für Menschen, die schwere Verbrechen begangen haben, sondern für kürzere Freiheitsstrafen oder Geldstrafen. Diese Menschen füllen den Knast aber nicht. Voll war dieser Knast, weil sämtliche Flüchtlinge aus NRW, für die Abschiebehaft angeordnet wurde, dort eingesperrt wurden. Dazu muss man wissen: Einen Antrag auf Abschiebehaft stellen die Ausländerämter beim örtlichen Amtsgericht. Oft bestehen diese Anträge aus zwei Sätzen: „Der Ausländer ist vollziehbar ausreisepflichtig. Weil er keine sozialen Bindungen hat, wird er untertauchen.“ Und das Amtsgericht stempelt ein OK drauf. Es ist kein Zufall, dass der Bundesgerichtshof (BGH), bei dem nur ein Bruchteil dieser Fälle landet, festgestellt hat, dass 80 - 90 % der Beschlüsse, die einen Haftantrag bestätigen, rechtswidrig sind. In Büren bestand aber noch ein besonderes Problem: In einer EU Richtlinie wurde bestimmt, dass Abschiebehaftlinge keine „normalen“ Haftlinge sind und daher nicht mit anderen „normalen“ Strafhaftlingen in einem Gefängnis untergebracht werden dürfen. Vielmehr soll es für Abschiebehaftlinge eigene Anstalten geben, in denen andere Bedingungen herrschen: Handynutzung erlaubt, innerhalb des Gefängnisses Bewegungsfreiheit, großzügige Besuchsregelungen usw. Nur den Ländern, die keine eigenen Anstalten haben, sollte es erlaubt sein, Abschiebehaftlinge mit anderen Haftlingen in einem Gebäude unterzubringen. Die BRD hat natürlich eigene Abschiebehaftanstalten. Es hat nur nicht jedes Bundesland eine. Daher legte die BRD diese EU-Richtlinie auf ihre Weise aus: Mit „Ländern“ seien Bundesländer gemeint. Fazit: NRW hat keine eigene Abschiebehaftanstalt, daher ist es

in NRW erlaubt, die Abschiebehaftlinge auch in einem normalen Knast unterzubringen. Das war jahrelange Praxis. Sämtliche Argumentationen hiergegen scherten die Richter einen Dreck. Schließlich hat ein Gericht, in diesem Fall das Landgericht München I, doch diese ganze Frage dem Europäischen Gerichtshof vorgelegt. Und – wen wundert es? – der EuGH hat entschieden, dass mit „Ländern“ natürlich nicht Bundesländer gemeint seien. Mit diesem Urteil war eines klar: Sämtliche Abschiebehaftlinge, die in der JVA Büren sind, sind sofort zu entlassen! Nein, wir leben in anderen Zeiten. Der Innenminister NRW gab kund, dass er der Auffassung ist, in Büren werde dennoch die EU-Richtlinie eingehalten. Schließlich gebe es ja zwei verschiedene Trakte. Die Flüchtlinge blieben eingesperrt. Erst eine knappe Woche später entschied der BGH explizit bezüglich Büren, die Haft dort sei rechtswidrig. Entlassung? Nix da. In einem Transport wurden sämtliche Abschiebehaftlinge nach Berlin in eine eigene Abschiebehaftanstalt verbracht. Rechte für Flüchtlinge sind in diesem Land schon lange nicht mehr vorhanden. Keine Bewegungsfreiheit, keine Arbeitserlaubnis, bis zur Farce verkürzte Gerichtsbarkeit. Flüchtlinge werden in Knästen gesperrt, um sie mit Gewalt aus diesem Land zu schaffen. Der jetzige Fall zeigt aber noch mehr: Urteile der obersten Gerichte gelten nichts, wenn die vollziehende Gewalt, also der Staatsapparat, diese schlicht nicht anerkennt. Der Landtag? Der hatte Sommerpause.

Können wir hier also auf „unseren demokratischen“ Rechtsstaat hoffen? Offensichtlich nein. Bürgerliche Rechte und Freiheiten haben Flüchtlinge zu großen Teilen gar nicht, die wenigen Rechte, die sie haben, werden schlicht nicht eingehalten. Und: Seit Jahren wird dieser Staat umgebaut, bürgerliche Rechte und Freiheiten abgebaut, die Polizeien, die exekutive Gewalt ausgebaut. Das trifft mit besonderer Härte diejenigen, die

schon fast keine Rechte haben. Treffen wird uns diese Rechtslosigkeit, diese Gewalt, alle, wenn wir nicht gemeinsam gegen die Ursachen dessen kämpfen: Es hat einen Grund, dass immer mehr Menschen in ihren Ländern nicht mehr leben können, nichts mehr zu fressen haben, nicht mehr existieren können und flüchten: Der Grund ist die Ausbeutung, die Vernichtung, die Zerstörung zugunsten des Profits für das Kapital, zugunsten dessen, dass sich deutsche Konzerne im Konkurrenzkampf gegen andere Konzerne durchsetzen. Der Grund, warum hier der Staat umgebaut wird, warum hier immer mehr Freiheiten und Rechte flöten gehen, warum die Flüchtlinge, die es lebend schaffen, hierher zu kommen, mit Füßen getreten werden, ist derselbe: Im immer schärfer werdenden Konkurrenzkampf, im Kampf um den Profit ist der Krieg für das Kapital schon immer ein probates Mittel gewesen. Der deutsche Imperialismus ist hierbei noch nie zimperlich gewesen. Für Krieg, für nackte Gewalt aber braucht man einen Apparat, der diese Gewalt ausübt. Was das schon heute bedeutet, können wir tagtäglich sehen! Was das bedeuten wird, wenn wir tatenlos zusehen, lässt sich erahnen. Hoffnung auf bessere Zeiten können wir uns also abschminken. Gemeinsamer Kampf aller Ausgebeuteten und Unterdrückten gegen ihren gemeinsamen Ausbeuter, gemeinsamer Kampf dafür, dass der Ursache für Krieg und Flucht endlich ein Ende gesetzt wird, gemeinsamer Kampf für eine Welt, in der wir schaffen, was wir brauchen, und nicht, was Profit macht, für eine sozialistische Welt: Das ist die Losung!

Anna





notwendig einen Klassenkampf im eigenen Land zu führen, weil die alten Herren ja geschlagen worden waren. Genau diese, die so sprachen, aber begannen sich ihr eigenes bequemes Leben auf Kosten des Volkes einzurichten.

Es setzten sich diejenigen durch, die Schritt für Schritt wieder den einzelnen Regionen und Betrieben die Entscheidung überließen, was zu produzieren war. Nicht mehr nach den Bedürfnissen des ganzen Volkes wurde geplant, sondern nach dem Vorteil und Gewinn einzelner Betriebe und Unternehmungen ging es wieder. Und so nach dem Vorteil und Gewinn einer kleinen Schicht Parteifunktionäre in einzelnen Republiken. Und das Volk der Sowjetunion ließ es geschehen. Das Ergebnis ist bekannt:

Heute gibt es ein Russland. Ein Weißrussland. Ein Tschetschenien. Ein Aserbeidschan. Ein Armenien. Ein Moldawien. Ein Georgien. Ein Kirgisistan. Ein Litauen. Ein Lettland....

anderer Klassen und Schichten zu Proletariern, zu Lohnarbeitern in den Fabriken wurden und sich tatsächlich der gesellschaftliche Reichtum vergrößerte? Konnten sie besser leben als zuvor? Und wurden diese verdammten Kader und Funktionäre, diese neue Form einer Bourgeoisie, die das Volk der Sowjetunion auch mit Hilfe von Nationalismus gespalten und enteignet hatten, tatsächlich zu Kapitalisten, so wie die alten Kapitalisten im Westen? Zu Kapitalisten, die mit ihrem von den Arbeitern abgepressten Profit stets versuchten, ihre Produktion zu erweitern. Die stets versuchten immer mehr Arbeiter unter ihre Knute zu bekommen? Zu Kapitalisten, die eine Armee und eine Polizei kommandieren, welche auch bereit ist zuverlässig auf das eigene Volk zu schießen? Wurden diese Republiken zu „schönen“ bürgerlichen Demokratien? Waren sie alleine überlebensfähig?

Es sind viele Fragen, alle werden wir hier nicht ausführlich beantworten

eigenen Mitte groß werden ließen.

## Der Kapitalismus erlebt keine Blüte mehr

Was heißt es denn für das Leben eines Volkes, wenn wie nach 1990 innerhalb von 5 Jahren plötzlich ein Drittel bis zur Hälfte des Landes, das zuvor zum Anbau von Getreide benutzt wurde, brach liegt, weil sich der Anbau nach kapitalistischen Maßstäben nicht mehr lohnt? Und nicht, weil es durch einen Sturm oder Überschwemmung verwüstet worden ist.<sup>3</sup>

Was heißt es denn, wenn nur noch die Hälfte der Schweine oder ein Drittel der Schafe und Ziegen in den Ställen gemästet werden, weil es sich nach kapitalistischen Maßstäben nicht mehr lohnt? Und nicht weil die Seuche die Tiere dahingerafft hat.

Werden plötzlich alle Vegetarier und essen auch nur noch halb so viel Brot? Was heißt es denn, wenn nur noch die Hälfte des Hornviehbestandes



Vor einem halben Jahr wurden noch Lenin-Statuen gestürzt.

Heute wird die Erinnerung an die Sowjetunion im Osten der Ukraine mitsamt den Menschen ausgelöscht.

Und es gibt eine Ukraine. Und in keinem dieser Länder gibt es Sozialismus. Höchstens noch Reste seiner früheren Errungenschaften für die Bevölkerung. Aber hat sich denn ein neuer blühender Kapitalismus in diesen Ländern entwickelt? Wurden die Millionen von Werktätigen aus der Sowjetunion mit all ihren Rechten, mit aller sozialen Sicherung, einfach so zu Lohnarbeitern in den sogenannten neuen Staaten? So wie vor 120 oder 150 Jahren, als das kapitalistische System seinen weltweiten Siegeszug begonnen hatte und immer mehr Angehörige

können. Aber sie zu stellen ist notwendig, um zu verstehen, dass das was heute in der Ukraine passiert, eine Folge der Niederlage des Sozialismus ist und sich keinesfalls auf die Ukraine beschränkt, sondern morgen sofort auch an anderer Stelle in verschärfter Form neu entflammen kann. Es geht nicht nur um die Aufteilung eines Stück Landes unter imperialistischen Hyänen wie Deutschland und den USA oder der neuen russischen Raubbourgeoisie. Es geht um das Überleben der Völker der ehemaligen Sowjetunion gegen ihre eigenen Enteigner, die sie in ihrer

und damit auch Milchkuhe gehalten werden? Trinken Kinder noch mit 5 Jahren an der Mutterbrust, um Milch zu bekommen?

Natürlich nicht. Bei unseren Kapitalisten und ihren bezahlten Schreiberlingen, Dozenten und Professoren heißt das alles „Transformation“.

Warum? Weil es die Kapitalisten selbstverständlich nur interessiert, dass das Eigentum des Volkes sicher in ihre Hände übergeben, in ihr Eigentum verwandelt, also transformiert wird. Es interessiert sie einen Scheißdreck, was

das für die Lebensbedingungen und die Zukunft des Volkes bedeutet. Außer ihr Profit wird dadurch gefährdet. Außer ihre Herrschaft wackelt, weil die Völker die Verelendung nicht mehr länger ertragen wollen.

1999 hat die Entwicklungsorganisation der Vereinten Nationen (UNDP) beiläufig einmal geschätzt, dass diese „Transformation“ für die ehemals volksdemokratischen bzw. sozialistischen Länder Osteuropas 10 Millionen Menschen das Leben kostete. Mehr als 100 Millionen wurden in die Armut geworfen.<sup>4</sup> Sprich: allein die Tatsache, dass ehemaliges Volkseigentum wieder zum Privateigentum in den Händen weniger wurde, kostete Millionen Menschen das Leben. Ohne dass ein Schuss gefallen wäre. Die Schüsse fielen zusätzlich.

Dass nicht noch mehr Menschen unmittelbar an dieser „Transformation“ starben, ist der Tatsache geschuldet, dass z.B. Russland bis heute die Hälfte der Lebensmittel importiert.<sup>5</sup>

Wer selbst nichts zu essen, wer selbst keine Arbeit hat, der sieht auch keinen Sinn mehr darin Kinder auf die Welt zu bringen. Bekam eine Frau in Russland 1990 im Durchschnitt noch 2 Kinder so waren es wenige Jahre später nur noch 1,2 Kinder. Die Lebenserwartung sank um durchschnittlich fünf Jahre. Und erstmals starben in Russland 1992 seit dem Ende des 2. Weltkriegs wieder mehr Menschen, als geboren wurden.<sup>6</sup>

Für die Bevölkerung in der Ukraine sieht es im Gesamten nicht anders aus.<sup>7</sup> 1996 betrug die Wirtschaftsleistung der Ukraine nur noch 40% von 1989. Dabei scheint die Arbeitslosigkeit in diesen Jahren gar nicht so groß gewachsen zu sein. Offiziell beträgt sie nur etwas über 10%. Wie geht das denn? Nur etwa jeder 10. Beschäftigte wird entlassen, während nicht einmal mehr die Hälfte von 1989 produziert wird?

Ja. In der „Transformationszeit“ gehen viele Ukrainer einfach wie zu Sowjetzeiten weiter wie gewohnt zur Arbeit, auch ohne Lohn zu bekommen

oder sie bekamen ihn einfach verspätet. 1996 sind das beispielsweise zwischen 40 bis 45% der Arbeiter. 3 bis 5% werden im selben Jahr von ihren Chefs einfach in den unbezahlten Urlaub geschickt. Und wieder weitere 5 bis 10% bekommen keinen Lohn, sondern

*Ihr wollt eine Vorstellung davon bekommen, wie die Oktoberrevolution und die Sowjetunion im Leben der Menschen und damit die Menschen selbst zu verändern begann?*

*Dann schaut Euch z.B. den DEFA-Film „Das russische Wunder“ an.*

*Ihr wollt wissen, wie ein Stachonow konkret von einem Tag auf den anderen das 14fache an Kohle aus dem Schacht holen konnte?*

*Dann holt Euch das Buch „Mein Lebensweg“ von A. Stachonow aus dem Verlag kommunistischer Texte GmbH, Münster von 1972.*

*Beides könnt Ihr Euch auch gerne bei uns ausleihen oder Ihr ladet uns ein und wir machen einen Filmabend und diskutieren gemeinsam. Schreibt eine mail an kontakt@fdj.de.*

werden mit „Gütern bezahlt“. Sprich sie erhalten kein Geld, sondern, wenn sie eben in einer Fabrik für Klopapierrollen angestellt sind, Klopapier.

Wenn man diese Tatsachen für das Jahr 1996 zusammenzählt, sind es also mindestens 60% der Werktätigen mit denen der Kapitalismus nichts mehr in der Produktion anzufangen weiß. Wie können da die Menschen überleben? Indem sie auswandern. Aus der Ukraine sind das über eine Million Menschen in den 90er Jahren. Indem sie Subsistenzwirtschaft betreiben. Schönes Wort. Subsistenzwirtschaft.

Was heißt das? Das heißt, sie leben von dem, was sie in ihrem Garten auf der Datsche anbauen. Oder indem sie Nüsse im Wald sammeln. Oder indem sie einfach schneller sterben. Also nicht überleben.

## Der Verrat wird geliebt, aber nicht der Verräter

Die alten Staatsbetriebe wurden nach und nach stillgelegt. Ein Teil wurde auch für einen Appel und Ei privatisiert. Sprich es wurden Gesetze gemacht, die es einzelnen Funktionären aus der Partei, aus dem Staatsapparat, aus den Betrieben erlaubten, diese Betriebe zu übernehmen. Woher das Geld stammte? Aus den Betrieben, aus den Staatskassen selbst, über die sie verfügen. Wenn sie überhaupt etwas bezahlen. Der Raub des Volkseigentums wird durch das Volk auch noch bezahlt.

Der Westen und Süden der Ukraine ist besonders von diesem wirtschaftlichen Niedergang betroffen. Arbeit gibt es dort vor allem in der Landwirtschaft oder dem Transportgewerbe (bei beiden wird schlecht bezahlt) und im Staatsapparat selbst. Daher fließt ein überproportionaler Anteil an staatlichen Geldern dorthin, um das Überleben der Bevölkerung mehr schlecht als Recht zu sichern. Die verbliebene und zu Anfang der 2000er Jahre privatisierte Kohle-, Stahl- und Metallindustrie im Osten sorgte mit ihren Exporten bis zum Beginn der Weltwirtschaftskrise

## Zurück zur Norm unterm Zaren und frühkapitalistische Arbeitsweisen

*Weil der Abbau der Kohle in den tiefen Flözen des Donbass mit der veralteten und auf Verschleiß gefahrenen Technik aus Sowjetzeiten immer weniger konkurrenzfähig, sprich zu teuer ist, landet immer mehr Kohle auf Halde und wird nicht verkauft. Anstatt die Anlagen und Maschinen zu erneuern, ist mittlerweile die Arbeitskraft so billig geworden, dass es sich wieder lohnt an der Oberfläche von Hand mit der Spitzhacke und Schaufeln nach Kohle zu graben. 5 Mann schaffen so 10 Tonnen am Tag. Die Maschine wird wieder durch die schwere Handarbeit der Menschen ersetzt. Und 5 Menschen zusammen beim Kohlegraben schaffen am Tag noch nicht mal die alte zaristische Norm von vor hundert Jahren.<sup>8</sup> So sieht also die neue „Blütezeit“ des Kapitalismus in den Ländern der ehemaligen Sowjetunion aus.*

2007 für die notwendigen Einnahmen, so dass der Staatshaushalt relativ ausgeglichen blieb und zeitweise die in den 1990er Jahren entstandene Auslandsverschuldung sogar zurückging.<sup>9</sup>

Der Verrat der neuen Bourgeoisie, die tatkräftig die Zerschlagung der Sowjetunion und ihrer Errungenschaften vorantrieben und ihr eigenes Volk wieder dem elenden Leben im kapitalistischen System ausgeliefert hat, scheint sich also für diese auszuzahlen? Natürlich hat dieser Verrat auch den westlichen Monopolen gefallen. Doch wollen die sich die Beute selbst unter den Nagel reißen. Und daher sind sie in keinsten Weise damit einverstanden, dass sich die neue Bourgeoisie selbst zu Eigentümern der großen Industrien im Osten macht und so versucht, sich zu einer ukrainischen Nationalbourgeoisie zu entwickeln.

### Das Kreisen der Aasgeier

2004 inszenierte der Westen die „Orangene Revolution“, um eine ihm genehme Regierung an die Macht zu bringen.<sup>10</sup> Unter dem Vorwand des Wahlbetrugs bei den Präsidentenwahlen mobilisierte der vom Westen unterstützte Kandidat Juschtschenko gegen den von Russland unterstützten Kandidaten Janukowitsch. Wie zuvor bereits etwa in Jugoslawien oder Georgien, waren scheinbar spontan agierende Studenten der Kern der Demonstrationen. Tatsächlich jedoch sind die Aktivisten von westlichen staatlichen Stellen oder Stiftungen in derartigen Kampagnen professionell ausgebildet oder unterstützt worden. Die Grundlage dafür jedoch, dass diese Aktivisten Hunderttausende auf die Beine bringen konnten, waren die außerordentlich großen sozialen und regionalen Unterschiede, welche sich wie beschrieben mit Auflösung der Sowjetunion entwickelt hatten. Aufgrund dieser so organisierten Proteste wurde die alte Wahl annulliert und bei der neuen Wahl der alte Verlierer Juschtschenko zum Präsidenten

gewählt. Und dieser setzte Julia Timoschenko als Ministerpräsidentin ein. Als sichtbares Ergebnis, dass der Westen sich anschickte, sich die Beute unter den Nagel zu reißen und die Enteigner, sprich die neue Bourgeoisie zu enteignen, wurde das größte Stahlkombinat der Ukraine, Kryworischstal, das im Juni 2004 an ein



Der Zögling der deutschen Konrad-Adenauer-Stiftung und Merkels Statthalter Klitschko ist seit dem 23. Mai Bürgermeister in Kiew. Am 23. August verspricht Merkel in Kiew neue Kreditbürgschaften für die Fortsetzung des Krieges.

Konsortium der größten Industriellen des Landes verkauft worden war, wieder verstaatlicht und im Anschluss abermals privatisiert und an den Stahlkonzern AcelorMittal mit Sitz in Luxemburg verkauft. Außerdem änderte sich die Wirtschaftspolitik. Die Mittel zum Erhalt der verbliebenen Industrien im Osten wurden gesenkt. Mit der Folge, dass die vorhandenen Anlagen aus Sowjetzeiten noch mehr als bisher schon auf Verschleiß gefahren wurden. Gefördert wurde der „Dienstleistungssektor“ in den großen Metropolen und einzelnen touristischen Regionen und dies in der Hauptsache mit ausländischem Kapital. Mit der orangenen Revolution vergrößerte sich also die Abhängigkeit vom Ausland, während sich zunehmend die Fähigkeit verringerte durch die Industrieexporte aus dem Osten die Ungleichheiten auszugleichen.

Im Ergebnis vergrößerten sich die regionalen und sozialen Unterschiede weiter.<sup>11</sup> Die USA hingegen ist offensichtlich zufrieden mit den Ergebnissen der orangenen Revolution und gewährte der Ukraine den Status einer Marktwirtschaft.<sup>12</sup>

### Der Wettlauf

Einig waren und sind sich die westlichen Monopole gegen das ukrainische Volk und dagegen, dass sich eine neue starke und unabhängige nationale Bourgeoisie in der Ukraine entwickelt.

Einig waren und sind sich die westlichen Monopole, dass das größte Beutestück aus der Zerschlagung der Sowjetunion noch auf seine Aufteilung wartet. Das ist Russland.

Doch über den Anteil der Beute und die Wege dorthin sind sie sich in keinsten Weise einig. Im Gegenteil treten sich gerade die USA und Deutschland dabei bis heute immer wieder gegenseitig kräftig gegenschieben. Dazu kommt noch die Konkurrenz der neuen Bourgeoisie Russlands.

Eines der Hauptinstrumente der USA ist dabei die Aufnahme der Ukraine in die NATO.

Der erste offizielle Versuch dazu scheiterte 2008 aufgrund des Widerstandes der BRD auf dem NATO-Gipfel in Bukarest. Gleichzeitig drohte Russland bei einem NATO-Beitritt, seine Raketen auf die Ukraine zu richten. Bereits 2006 war ein US-Kommando unter den Protesten der örtlichen Bevölkerung und des Parlaments auf der Krim gelandet. Und seitdem begannen auch gemeinsame Manöverübungen zwischen ukrainischen Verbänden und der NATO.

Die BRD wiederum versuchte, die wirtschaftliche und politische Kontrolle über die Ukraine mittels eines umfangreichen Assoziierungsabkommens zu erhalten. Die Verhandlungen über das Assoziierungsabkommen, die im Februar 2007 begannen, konnten beim EU-Ukraine-Gipfel am 19.12.2011 abgeschlossen werden. Die Unterzeichnung des Abkommens sollte ursprünglich auf dem EU-Gipfel am 29./30. November 2013 in Vilnius erfolgen. Im August 2013 drohte Russland im Falle einer

weiter S. 12

Unterzeichnung mit umfangreichen Schutzmaßnahmen.

Der ökonomische Haupthebel des Westens ist dabei die seit Mitte der 2000er Jahre gewachsene Auslandsverschuldung der Ukraine. Für Russlands ist es die ukrainische Abhängigkeit von russischem Gas und die verbliebenen wirtschaftlichen Beziehungen der Kohle-, Stahl- und Rüstungsindustrie im Osten des Landes.

### Die Zersetzung des alten Staatsapparates

Nach der Zerschlagung der Sowjetunion und der Unabhängigkeit der Ukraine eskalieren auch die Kämpfe der neuen Bourgeoisie untereinander. Gegenseitige Morde oder Mordversuche sind nicht ungewöhnlich. Auch Handgreiflichkeiten, Schlägereien und Blockaden im Parlament oder unter Ministern sind in der Ukraine der letzten 15 Jahre quasi an der Tagesordnung. Auch zwischen dem Präsidenten, der direkt vom Volk gewählt wird, der Regierung und dem Parlament gibt es immer wieder Blockaden. Je nachdem wer gerade in welchen Bereichen Einfluss auf welche Teile des Staatsapparates hat, schickt man sich gegenseitig die verschiedenen Einheiten der Polizei, der Staatsanwaltschaft auf den Hals und lässt einen Konkurrenten verhaften, sofern dieser nicht handgreiflich durch seine eigenen Sicherheitsleute geschützt wird.

Einer der beliebtesten Vorwürfe ist dabei immer wieder Korruption und die Bereicherung auf Kosten des Staates oder auch mal der Mord an einem Konkurrenten. Was nicht wirklich verwunderlich ist. Denn die ganze Bande weiß schließlich, wie sie den Raub am Volk organisiert hat und wer welche Schweinerei begangen hat. Meist ist dann tatsächlich was dran, auf jeden Fall klingt es für das Volk immer glaubwürdig.

Zusammen mit der Tatsache, dass immer weitere Teile der ehemaligen Staatsbetriebe abgewickelt oder

So saß z.B. die ehemalige Ministerpräsidentin Julia Timoschenko seit August 2011 bis Februar 2014 in Haft. In mehreren Verfahren wurde sie verurteilt wegen Amtsmissbrauch, Steuerhinterziehung und Veruntreuung. Im Westen wurde sie deswegen als Widerstandskämpferin gefeiert und für Kampagnen gegen den damaligen Präsidenten Janukowitsch genutzt, der zwischen Russland und der EU schwankte. In der Ukraine dagegen zählte sie zu den Oligarchen, da jeder wusste, wie sie bis Mitte der 90er Jahre mit Hilfe von persönlichen Kontakten zu den alten Funktionären ein Milliardenimperium zusammenraffte.

privatisiert wurden, wurde so der Staat immer mehr zum Werkzeug für die Machtkämpfe der neuen Bourgeoisie gegeneinander und zur Verwaltung des Elends. Die Zersetzung des Staatsapparates wird auch durch die sich immer weiter verschärfenden regionalen Unterschiede in der Verelendung vorangetrieben.



Im Donezk werden am Unabhängigkeitstag, dem 24. August gefangene Angreifer durch die Stadt geführt. So wie nach einem Marsch von gefangenen deutschen Faschisten im vaterländischen Krieg reinigt am Ende ein Wagen demonstrativ die Straße.

### Die Unabhängigkeit und der Faschist Bandera

Bereits mit der Unabhängigkeit wird das „nationale Bewusstsein“ durch die neue Bourgeoisie gefördert. Als Vorkämpfer für die Unabhängigkeit der Ukraine wird dabei vor allem von den westlich orientierten Teilen Faschisten Stepan Bandera betrieben. Bandera und seine Organisation Ukrainischer Nationalisten (OUN) und der Ukrainischen Aufständischen Armee (UPA) kollaborierten bis 1941 offen mit den deutschen Faschisten.

Als er nach dem Einfall der Deutschen in die Sowjetunion eine unabhängige Ukraine ausrufen wollte, wurde er von den Deutschen interniert und die Zusammenarbeit durch die OUN offiziell beendet.

Tatsächlich jedoch beteiligte sich die Mehrheit der Mitglieder an den ethnischen Säuberungen gegen Juden und Polen und arbeiteten mit deutschen Besatzern zusammen. 1944 wurde Bandera wieder freigelassen. Zusammen mit weiteren OUN Faschisten, die vor der Roten Armee geflohen waren, konnte er unter westdeutschem Schutz von München aus seine Propaganda und Zersetzungsarbeit gegen die Sowjetunion fortsetzen.<sup>13</sup>

So werden verstärkt auch gerade unter der Präsidentschaft Juschtschenkos 2006 bis 2010 z.B. Schulbücher umgeschrieben, um Bandera als Freiheits-

kämpfer herauszustellen und Denkmäler errichtet.

Angehörigen seiner faschistischen OUN soll genauso wie sowjetischen Partisanen gedacht werden. Ebenfalls wurde versucht den Antisowjetismus weiter voranzutreiben, indem „die Darstellung der Hungersnot in der Ukraine von 1932/33 als absichtlich herbeigeführter Genozid an der ukrainischen Bevölkerung“ gefördert wurde, „dem angeblich bis zu

zehn Millionen Ukrainer zum Opfer gefallen seien“.<sup>14</sup>

Eine andere längere „bürgerliche“ Tradition einer unabhängigen Ukraine gibt es einfach auch nicht.

So kann es nicht verwundern, dass bereits seit mehreren Jahren im Parlament eine Partei wie die allukrainische Union „Freiheit“ (Swoboda) sitzt. Diese stellt sich offen in die Tradition Banderas, organisiert immer wieder Aufmärsche zu seinen Ehren, fordert das Verbot der Kommunistischen Partei und führt den Kampf um die Befreiung von der „jüdischen Mafia aus Moskau“.

Swoboda besitzt dabei gute Kontakte zu paramilitärischen faschistischen Gruppen.<sup>15</sup>

### Der Umsturz vom Februar 2014

Im November 2013 sollte der Assoziierungsvertrag mit der EU unterschrieben werden. Doch damit war die neue Bourgeoisie Russlands nicht einverstanden. Sie versprach dem ukrainischen Präsidenten mit Krediten und weiterhin billigen Gaslieferungen zu helfen, wenn er das Abkommen nicht unterzeichnet. Dieser sagte daraufhin die geplante Unterzeichnung erstmal ab.

Jetzt lief die westliche Kampagnenmaschinerie gleichsam an. Wie in der „oranigen Revolution“ von 2004 begannen Demonstrationen von „Aktivisten“, nur diesmal nicht gegen „den Wahlbetrug“, sondern für die Unterzeichnung des Abkommens. Die gewaltsame Auflösung einer hauptsächlich von Studenten getragenen Demonstration wurde für eine weitergehende Mobilisierung von Massen gegen die „Oligarchen“ genutzt. Zu den tragenden Kräften gehörten neben der faschistischen Swoboda, die Partei UDAR des Profi-Boxers Vitali Klitschko, die von der CDU-nahen deutschen Konrad-Adenauer-Stiftung aufgebaut wurde und die Partei der inhaftierten Julia Timoschenko. Doch anders als 2004 ist die Sache dieses Mal nicht in 17 Tagen für den Westen gelaufen.<sup>16</sup>

Immer mehr übernahmen die rechten Kräfte die Führung der Proteste, die längst zu offenen Straßenschlachten geworden waren. Ganz offen wurden die Demonstrationen dabei von ausländischen Politikern nicht nur durch Besuche sondern auch mit Ausrüstung und Material unterstützt.

Als das ukrainische Parlament am 16. Januar 2014 Gesetze beschloss, die die Versammlungsfreiheit einschränken sollten und schärfere Strafen bei der Leugnung der Verbrechen des Nationalsozialismus und der Beschädigung von sowjetischen Denkmälern forderte, begann eine neue Kampagne aus Sanktionen und Drohungen gegen den ukrainischen Präsidenten Janukowitsch im Westen.<sup>17</sup> Doch was hatte das ukrainische Parlament denn so beschlossen? Zum

Beispiel ein Vermummungsverbot. Also etwas was es in der BRD schon seit Jahrzehnten gibt. Oder das Verbot von Demonstrationen im Zentrum Kiews für 2 Monate. Genau zu diesem Zeitpunkt waren in Hamburg schon seit Wochen 8 Hektar in der Innenstadt zum Gefahrengebiet erklärt worden, indem ab sofort jeder Bürger voll-

kommen deutscher Polizeiwillkür ausgeliefert war. Das Gesetz wurde bereits am 28. Januar wieder aufgehoben.<sup>18</sup>

In der Ukraine selbst wurden staatliche Einrichtungen gestürmt, besetzt und Waffenlager geplündert. Der Schwerpunkt der Proteste lag dabei im Westen. Busse und Züge mit Demonstranten wurden nach Kiew geschafft. Einzelne Polizeieinheiten, die aus anderen Regionen nach Kiew entsandt wurden, wurden von dort wieder abgezogen. Die Situation in Kiew eskalierte weiter, als angeblich Scharfschützen der Polizeieinheit Berkut Dutzende von Demonstranten erschossen. Seltsam erscheint nur, dass offensichtlich auch Dutzende Polizisten gezielt abgeschossen wurden. Diese vom Westen verbreitete Version der Ereignisse Anfang Februar in Kiew wurde später nicht nur vom estnischen Außenminister Urmas Paet bezweifelt und eine internationale Untersuchung verlangt, was bis heute nicht geschehen ist.<sup>19</sup>

Dem Westen war das egal. Die Machtbasis von Janukowitsch zerfiel in wenigen Tagen. Zwischen der USA und Deutschland begann ein Wettlauf um die künftige Macht in Kiew. Mit den Außenministern Polens und Deutschlands und einem Vertreter des französischen Außenministeriums als Zeugen, unterschrieben Präsident Viktor Janukowitsch und drei Oppositionsführer eine gemeinsame Erklärung für Neuwahlen. Die „Aktivisten“ auf dem Maidan erkannten die Vereinbarung nicht an. Einen Tag später, am 22. Februar, beschloss das Kiewer Parlament

unter Anwesenheit von bewaffneten „Maidan-Aktivisten“ die Absetzung des Präsidenten Janukowitsch. Er floh nach Russland.

Zumindest dieses Abkommen konnte die deutsche Diplomatie sofort wieder getrost in die Tonne kloppen.



*Deutsche Militärs sind in der Ukraine und werden von Kräften der Volksrepublik festgenommen. Schnell entpuppt es sich als Lüge des deutschen Kriegsministeriums, dass es sich dabei um Teil einer offiziellen OSZE Mission gehandelt habe.*

### Die blanke Gewalt regiert

„Schon das Zuschauen tut weh. Ein Mann mit auffälliger Pferdeschwanz-Frisur packt Alexander Pantelejmonow am Hals. Er würgt ihn, schlägt ihn, stößt ihn um. Als sich der Direktor des ukrainischen TV-Senders „Erster Nationaler Kanal“ zur Wehr setzen will, dreschen drei Männer auf ihn ein. Sie zerren ihn an seiner Krawatte zu dem Ledersessel hinter seinem Schreibtisch und legen ihm ein Stück Papier vor: sein Rücktrittsgesuch. Als er nicht sofort unterschreiben will, schlägt ihm der Zopf-Mann gegen den Kopf. Einmal, zweimal.“<sup>20</sup>

So beschreibt die Süddeutsche Zeitung das Vorgehen Igor Miroshnitschenkos, einem Abgeordneten der Partei Swoboda, die in der neuen Regierung nach dem Umsturz drei Minister stellt. Ja die Handlanger des Westens als neue Herren in Kiew zögerten nicht mit der gewaltsamen Säuberung des Staatsapparates und Beseitigung von Gegnern. Vom ersten Tag an wurden landesweit Büros der Kommunistischen Partei (KP) der Ukraine verwüstet und angezündet und ihre Mitglieder auf offener Straße oder im Parlament geschlagen und umgebracht. Ganz rechtsstaatlich wurde mittlerweile auch ein Verbotverfahren gegen die

KP eröffnet. Und es ist auch davon auszugehen, dass kein Brief von Gysi und Co. an den ukrainischen Präsidenten Poroschenko dies ändern wird.<sup>21</sup>

Genauso wird gegen die „Partei der Regionen“ des ehemaligen Präsidenten Janukowitsch vorgegangen und andere Gegner und Kritiker der neuen Regierung.

Es wurde eine Zensur russischer Bücher und Filme eingeführt. Die Übertragung von russischen Fernsehsendern in die Ukraine wurde gestoppt. Im ganzen Land wurden Leninstatuen gestürzt. Offensichtlich alles notwendige Maßnahmen um den Einfluss der „jüdischen Mafia aus Moskau“ zu bekämpfen. Die faschistischen Banden wurden seit März zur „Nationalgarde“. Die Gewalt erhielt damit einen legalen Anstrich.

An der Barbarei der faschistischen Banden änderte das nichts. Am 2. Mai jagten sie Gegner der Regierung in Kiew durch die Straßen von Odessa und steckten das Gewerkschaftshaus an, wohin diese sich flüchteten. Wer nicht im Haus verbrennen wollte und sich mit einem Sprung ins Freie rettete, wurde unten zum Krüppel getreten oder erschlagen. Fast hundert Menschen kamen so um.



*Die Anhänger des ukrainischen Faschisten Stephan Bandera, der nach 1945 unbescholten in München lebte. Während der deutschen Besetzung beteiligte er sich am Massenmord an den Juden in der Ukraine. Das sind die Vorbilder der heutigen Kiewer Regierung*

Selbstverständlich protestierten Frau Merkel und Herr Steinmeier dagegen nicht. Schließlich gab es Wichtigeres und so konnte am 21. März 2014 die Unterzeichnung des politischen Teiles des Abkommens zwischen der Ukraine und der EU verkündet werden.

Darin wurde die Angleichung der Rechtsstandards der Ukraine an die EU und die vertiefte gemeinsame außen- und militärpolitische Kooperation, einschließlich dem Ausbau der Grenzsicherung, festgelegt. Für das Volk bedeutet das Abkommen nochmals eine drastische Verschlechterung der Lebensbedingungen, da die geforderten Kürzungen des Staatshaushaltes die Wirtschaft des Landes, nach Einschätzung des amtierenden Ministerpräsidenten Arsenij Jazenjuk, weiter in die Krise treiben wird.<sup>22</sup>

Auch die USA hatte sich beeilt und mit Hilfe des IWF schnelle Kredite zugesagt.

### Der Anschluss der Krim an Russland und der erboste Westen

Nicht in allen Landesteilen der Ukraine wurde der Umsturz begrüßt. Der Chef der Partei Russische Einheit auf der Krim, Sergej Aksenow, wurde vom Regionalparlament zum neuen Ministerpräsidenten der Autonomen Republik Krim gewählt und organisierte eine Volksabstimmung für einen Anschluss der Krim an Russland. Ukrainische Armeeinheiten wurden zuvor aufgefordert die Seiten zu wechseln oder ihre Waffen abzugeben und die Krim zu verlassen.

Zwei Tage nach dem Referendum am 18. März wurde die Krim an Russland angeschlossen. Natürlich beeilte sich der Westen den Anschluss als Annexion zu verurteilen. Auch in verschiedenen anderen Städten vor allem im Donbass im

Osten der Ukraine kam es nach ersten Demonstrationen gegen die neue Regierung zu Besetzungen und der Organisation bewaffneten Widerstandes. Schließlich kam es in verschiedenen Regionen zur Ausrufung



von Volksrepubliken, die sich später zu einer gemeinsamen vereinigten.

Als Reaktion darauf, dass die Mehrheit der Bevölkerung der Krim lieber unter der neuen Bourgeoisie Putins in Russlands ihr Dasein fristen wollte, als unter der Kiewer Umsturzregierung und ihrer faschistischen Banden, wurde in Kiew eine erste Mobilmachung und Bewaffnung der neuen Nationalgarde und der Armee zum Einsatz gegen die eigene Bevölkerung beschlossen.

### Die Oligarchen in der Ukraine einigen sich neu – Dauer ungewiss

Nach einigen Rangeleien und unter Vermittlung der EU und der USA einigte sich auch die neue Bourgeoisie aus dem Osten auf die neue Machtteilung. Die Oligarchen im Osten standen dabei vor der Wahl: Entweder eine Einigung mit den neuen Machthabern in Kiew zu finden oder größere Teile ihres Eigentums bei einer Abspaltung von Gebieten der Ostukraine und einem möglichen Anschluss an Russland zu verlieren. Dafür bekamen einige von ihnen Gouverneursposten und am 23. Mai wurde mit Poroschenko einer der ihren zum Präsidenten gewählt.

### Der Bürgerkrieg

Seit April hat die Kiewer Regierung die Armee und die faschistischen Banden gegen die Volksrepubliken im Osten des Landes in Marsch gesetzt. Auch der neue gewählte Präsident hat

*Fragen einfacher freiwilliger Milizionäre an die Führer der DNR (Donezker Volksrepublik) und LC (Lugansker Volksrepublik)*

*Soldaten, ehemalige Arbeiter und Landarbeiter wollen nicht nach Hause zurückkehren, um für neue Herren zu erniedrigenden Bedingungen als Leiharbeiter zu arbeiten. Aber eine solche Entwicklung wird bereits beobachtet.*

*Die Besitzer von Unternehmen sind in die neue Machtstruktur eingebettet. Viele Individuen, die die neue Regierung repräsentieren, sind abweisend und arrogant gegenüber einfachen Militärs, fahren in teuren Autos herum, kleiden sich mit teuren Anzügen, erfreuen sich teurer Waffen und Telefone, stellen auf jede Weise ihre materielle und moralische Überlegenheit zur Schau, demonstrieren aber in Wirklichkeit geistigen Verfall und Betrug an den Interessen des Volkes.*

*Zugleich befinden wir uns in einem totalen Informationsvakuum, wir freiwillige Militärs, die wir kamen um unsere Heimat mit der Hoffnung zu verteidigen eine neue Nation aufzubauen, eine gerechtere Gesellschaft. So stellen sich viele Fragen, zu denen wir keine Antworten erhalten – nicht aus den Zeitungen, im Fernsehen, im Internet, noch von den Offizieren.*

*Folglich sind 90% der Milizionäre und Zivilisten desorientiert; und eine Entwicklung der Demoralisierung, Erniedrigung und Frustration hat eingesetzt, gepaart mit pseudo-patriotischen Anklagen. Ich wiederhole, wir sind desorientiert und können in diesem Krieg nicht unterscheiden wer Freund oder Feind. Heute sitzen wir in Gräben, aber sobald der Feind gewinnt, glaubt mir, wir haben genug Mut und Kraft, euch diese Fragen ins Gesicht zu stellen.*

*Hier ein Beispiel häufig gestellter Fragen:*

*[...]3. Welche ist die zukünftige Eigentumsform unserer wichtigsten Vermögen – unserer Fabriken, Werke, Minen, landwirtschaftlicher Flächen, Transportinfrastruktur, Energieversorgung ... ? Letztendlich ist es das, was den Grad des Auskommens, des Zugang zu Sozialhilfe und sozialer Sicherheit der Bürger der Donezker Volksrepublik bestimmt. [...]*

*[http://borotba.org/questions\\_of\\_ordinary\\_militia\\_volunteers\\_to\\_leaders\\_of\\_the\\_dnr\\_and\\_lc.html](http://borotba.org/questions_of_ordinary_militia_volunteers_to_leaders_of_the_dnr_and_lc.html)*

daran nichts geändert. Warum? Ganz klar. Der Osten ist der industrielle und wirtschaftliche Schwerpunkt und außerdem die Grenze zu Russland. Und so hat z.B. der Internationale Währungsfonds seine Kreditzusagen an die Bedingung gebunden, dass zuerst der Osten wieder unter der Kontrolle der Kiewer Regierung sein muss. Offen wird die Kiewer Regierung dabei mit Logistik, Technik und Beratern der NATO und Söldnern aus anderen Ländern unterstützt - weil Russland das Gleiche bei den Rebellen tut, wird es natürlich vom Westen kritisiert.

Auch die Bundeswehr mischt direkt vor Ort mit. So schickte sie z.B. deutsche Soldaten in Zivil unmittelbar in das Kriegsgebiet - dort wurden sie im April prompt von den Rebellen in Slawjansk für eine Woche festgenommen. Entgegen der Behauptung aus dem deutschen Kriegsministerium handelte es sich nicht um den Teil einer mit den Rebellen vereinbarten OSZE-Mission.<sup>23</sup>

Am 17. Juli wird eine Passagiermaschine der Malaysia-Airlines über einem von Rebellen kontrollierten Gebiet abgeschossen. Sofort werden die Rebellen und Russland beschuldigt. In mehreren Stufen werden Sanktionen durch die USA und die EU gegen Russland eingeführt und verschärft. Russland verhängt seinerseits Sanktionen. Tatsächlich jedoch gibt es rund 2 Monate danach mehr Fragen als Antworten und keinen einzigen Beweis, dass die Rebellen für den Abschuss und den Tod der 298 Menschen in der Maschine verantwortlich waren.<sup>24</sup>

Entgegen den Versprechungen Poroschenkos sind am 24. August, trotz der verstärkten Bombardierung, die letzten großen von Rebellen gehaltenen Städte Lugansk und Donezk zum 23. Jahrestag der Unabhängigkeitsfeier nicht in der Hand der Regierung in

Kiew. Stattdessen muss er den Westen um neue Gelder für seinen Krieg bitten. Merkel verspricht ihm tags zuvor auf einer Stippvisite nochmal 500 Millionen an Kreditbürgschaften, dass es weiter gehen kann.<sup>25</sup>

### **Das Gerangel der Räuber geht weiter**

Nein, das Gerangel der neuen Bourgeoisie in Kiew ist noch lange nicht beendet. Zum Beispiel als Teile der Kiewer Regierung Anfang August versuchten, die Macht der faschistischen Banden zu beschränken, drohen diese mit einem Marsch auf Kiew und fordern die Entlassung des stellvertretenden Innenministers, wegen Konspiration mit den Russen. Was dann auch geschieht.<sup>27</sup> Und mitten im Bürgerkrieg löst Poroschenko im August das Parlament auf und setzt eine neue Wahl für den Oktober an.<sup>28</sup> Lläuft es im Krieg gegen die eigene Bevölkerung weiter so schlecht wie bisher, wird sich womöglich noch mehr auflösen als das Parlament. Oder es gelingt ihnen, als letzte Rettung, doch noch den offenen Krieg gegen Russland zu provozieren – und die NATO steigt mit ein.

### **„Wofür kämpfen wir eigentlich?“**

Auch wenn man sich nur die wenigen in diesem Artikel genannten Fakten anschaut, sollte eins klargeworden sein: Die letzten zwei Jahrzehnte haben gerade in der Ukraine bewiesen und tun dies tagtäglich, dass die versprochene kapitalistische Entwicklung nur Elend für das Volk und den Ruin des gesamten Landes bringt. Sie bringt nur eine nie mehr geglaubte und zuletzt nur aus Zeiten deutscher faschistischer Besetzung gekannte Barbarei.

Zugleich gilt: Auch wenn auf Seiten der Volksbewegung von Kommunisten bis Zarenverehrern und Vertretern der neuen Bourgeoisie Russlands, also den Vertretern der Konterrevolution, die unterschiedlichsten Kräfte gegen die Kiewer Junta kämpfen: Die Sache des ukrainischen Volkes wird nur gut ausgehen, wenn die ukrainische Arbeiterklasse sie selbst in die Hand nimmt. Denn auch die neue Bourgeoisie Russlands wird keine neue Blüte des Kapitalismus mehr bringen.

So und nur so kann die Antwort auf den dringenden und verzweifelten Ruf sein, der in der ukrainischen Bevölkerung immer lauter hörbar wird.

„Wofür kämpfen wir eigentlich?“ Die Welt der Arbeiter wird den Kampf der Volksrepubliken nie vergessen, wenn sie die rote Fahne der Arbeiter hochhalten und mit ihren Forderungen unversöhnlich dem Klassenfeind trotzen – auch wenn sie von einer militärischen Übermacht erdrückt werden oder von der Konterrevolution Russlands verraten worden sind. So wie die erste Diktatur des Proletariats, die Pariser Commune.

Wuide

1. Gesetz über Grund und Boden des Sowjetkongresses der Arbeiter- und Bauerndeputierten [www.1000dokumente.de/index.html?c=dokument\\_ru&dokument=0006\\_bod&object=translation&st=&l=de](http://www.1000dokumente.de/index.html?c=dokument_ru&dokument=0006_bod&object=translation&st=&l=de)

2. Von den alten Kapitalisten im Westen werden sie zur Abgrenzung auch gerne Oligarchen genannt.

3. Für diesen Zeitraum gibt es für die damalige russische Sowjetrepublik und das heutige Rußland unterschiedliche Zahlen. Bei allen jedoch ist ein entsprechender Einbruch in der jährlichen Getreideernte zwischen 1990 und 1995 festzustellen. Ähnlich sieht es auch mit nachfolgend genannten Zahlen zur Entwicklung des Viehbestandes aus. Siehe zum Vergleich z.B. „Die russische Landwirtschaft: Produktions- und Strukturentwicklung im Zuge der Transformation“ von Ildiko Lajtos, S. 5 in „russland analysen NR. 98“ vom 5.5.2006 in <http://www.laender-analysen.de/russland/pdf/Russlandanalysen098.pdf> oder „Das Lebensmittelproblem der russischen Landwirtschaft“ von Stephen K. Wegren, Dallas, S. 14 „russland analysen NR. 178“ vom 28.02.2009 in <http://www.laender-analysen.de/russland/pdf/Russlandanalysen178.pdf>

4. Zahlen zitiert in „UN-Bericht zu Osteuropa und der ehemaligen Sowjetunion“ von Nick Brauns, 21. August 1999 in <https://www.wsws.org/de/articles/1999/08/unbe-a21.html>

5. Nach Angaben der Moskauer Universität importiert Russland etwa 53 Prozent aller Lebensmittel. In <http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/wirtschaftspolitik/wegen-sanktionen-russland-will-lebensmittelpreise-deckeln-13089231.html>

6. Die schrumpfende Weltmacht“, von Stephan Sievert, Sergei Sacharow, Reiner Klingholz, in <http://www.berlin-institut.org/publikationen/studien/die-schrumpfende-weltmacht.html?type=98>

7. Alle Zahlen im folgenden Abschnitt zur Ukraine, wenn nicht besonders vermerkt, aus „Armut in Rezession und Aufschwung“ und „Statistiken zur Armut in der Ukraine“ von Alexander M. Danzer, London/Regensburg und Natalia Weisshaar, London in „Ukraine-Analysen NR. 78 14.09.2010“ in <http://www.laender-analysen.de/ukraine/pdf/UkraineAnalysen78.pdf>

8. Anschaulich beschreibt diese Zustände, die in der Ukraine nach der Zerschlagung der Sowjetunion bis heute Einzug gehalten haben Wolfgang Michal in seinem kurzen Aufsatz „Die Ukraine interessiert euch doch einen Scheißdreck!“ unter <http://www.cartainfo/74011/die-ukraine-interessiert-euch-doch-einen-scheissdreck/>

9. Eine ausführliche Darstellung zu diesem Absatz ist zu finden in dem Dossier der Bundeszentrale für politische Bildung vom 1.2.2013 „Die räumliche Differenzierung der ukrainischen Wirtschaft. Die regionale Ebene.“ Unter <http://www.bpb.de/internationales/europa/ukraine/154446/die-raeumliche-differenzierung-der-ukrainischen-wirtschaft-die-regionale-ebene?p=all>

10. Ein erster Versuch des „zivilen Massenungehorsam“ wurde zwar bereits 2000/2001 gegen den damaligen Staatspräsident Kutschma als Taktik des Westens angewandt, brachte damals aber noch nicht den gewünschten Erfolg.

11. siehe 9.

12. Chronik: die Ukraine im Jahr 2006“, unter <http://www.laenderanalysen.de/index.php?topic=ukraine&url=../ukraine/chronik.html>

13. Ein Sammelpunkt der OUN“ 12.05.2014, <http://www.german-foreign-policy.com/de/fulltext/58854>

14. Juschtschenkos Mythen, 01.05.2014, <http://www.german-foreign-policy.com/de/fulltext/58853>

15. Ukrainische Patrioten, 30.07.2014, <http://www.german-foreign-policy.com/de/fulltext/58924>

16. Unser Mann in Kiew, 10.12.2013, <http://www.german-foreign-policy.com/de/fulltext/58754>

17. Ukraine-Analysen Chronik, <http://www.laender-analysen.de/index.php?topic=ukraine&url=../ukraine/chronik.html>

18. Gefahrenzone, 08.01.2014, <http://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2014-01/hamburg-gefahrenzone-erfahrungsbericht>

19. Kiewer Regierung soll Todesschüsse vom Maidan aufklären, 21.03.2014, <http://www.sueddeutsche.de/politik/ukraine-im-umbruch-europarat-kiewer-regierung-soll-todesschuesse-vom-maidan-aufklaeren-1.1919390>

20. „Der Westen entdeckt Swobodas hässliches Gesicht“, 21.03.2014 <http://www.sueddeutsche.de/politik/ukraine-der-westen-entdeckt-swobodas-haessliches-gesicht-1.1918734>

21. Brief an Präsident Poroschenko von Gehrcke, Gysi und Anderen, 01.08.2014, <http://www.presseportal.de/pm/41150/2798604/brief-an-praesident-poroschenko-von-gehrcke-gysi-und-anderen>

22. Die Europäisierung der Ukraine, 24.03.2014, <http://www.german-foreign-policy.com/de/fulltext/58830>

23. Ukraine: Festgehaltene keine Mitglieder der OSZE-Mission - OSZE-Sprecher Neukirch, 26.04.2014, [https://www.youtube.com/watch?v=mWeU\\_4UEAq8](https://www.youtube.com/watch?v=mWeU_4UEAq8)

24. „Flug MH17: Sterbliche Überreste von 73 Opfern übergeben“, 27.08.2015, <http://www.spiegel.de/panorama/flug-mh17-sterbliche-ueberreste-von-73-opfern-uebergeben-a-988392.html>

25. Kiew feiert Unabhängigkeit - Demütigungen in Donezk, 24.08.2014, <http://www.heute.de/militaerparade-in-kiew-ukraine-feiert-unabhaengigkeit-mit-waffenschau-34656574.html>

26. [http://borotba.org/questions\\_of\\_ordinary\\_militia\\_volunteers\\_to\\_leaders\\_of\\_the\\_dnr\\_and\\_lc.html](http://borotba.org/questions_of_ordinary_militia_volunteers_to_leaders_of_the_dnr_and_lc.html)

27. „Ukraine: Regierung in Kiew beugt sich dem Druck der Rechtsextremen“ 19.08.2014, <http://deutsche-wirtschafts-nachrichten.de/2014/08/19/ukraine-regierung-in-kiew-beugt-sich-dem-druck-der-rechtsextremen/>

28. Neuwahlen im Oktober“, 25.08.2014, <http://www.spiegel.de/politik/ausland/ukraine-poroschenko-loest-parlament-auf-neuwahlen-im-oktober-a-988028.html>



*Lied von der Soija*

*Schweigen keine Lichter keine Laute  
und im Dämmern ruhig schläft der Tann  
in das Hinterland bevor es grauen  
rückte still und stumm der Partisan*

*Alte gingen, junge Komsomolzen,  
Kinder, Bruder, Schwester, Hand in Hand.  
Unter ihnen auch ein junges Mädchen,  
von erst siebzehn Jahren sich befand*

*Trug das Mädchen einen alten Kalpak,  
Zerschnitt Drähte, steckte Brücken an.  
Stolz ist die Abteilung auf die Soija,  
Komsomol aus Moskau, Partisan.*

*Aber folgendes geschah im Winter:  
Als der Feind ging, hat das Dorf gebrannt.  
Die Faschisten hingen auf die Soija,  
Morgendämmerung trat weiß ins Land*

*Du bist tot, und doch in unser 'm Volke  
lebst Du junge Heldin ewig hier.  
Und wir schwören Dir, geliebte Soija  
rache am Faschisten nehmen wir.*

Dieses Lied wurde 1984 von K. Switowoi, Mitarbeiter der Volksmusikabteilung im Konservatorium Moskau, im Gebiet Wolwograd (Stalingrad) aufgefunden. Soija Kosmodemjanskaja gehörte seit 1938 der kommunistischen Jugendorganisation Komsomol an. Ende Oktober 1941 meldete sie sich von einer Moskauer Oberschule freiwillig zum Dienst in einer Partisaneneinheit. Sie wurde am 27. November von den Faschisten im Raum Naro-Forminsk durch Verrat gefangengenommen und ca. drei Stunden lang verprügelt. Am 29. November 1941 wurde sie um 10:30h mit einem Schild um den Hals, auf dem „Ich bin die Brandstifterin“ stand, auf dem Dorfplatz gehängt. Am 16. Februar 1942 wurde sie postum als „Heldin der Sowjetunion“ geehrt.

# Internationale Erklärung zum Jahrestag der Befreiung von Faschismus und Krieg

MEĐUNARODNA DEKLARACIJA  
KOMUNISTIČKE OMLADINE POVODOM  
GODIŠNJICE OSLOBOĐENJA OD FAŠIZMA  
I DANA POBEDE

Niędzynarodowa Deklaracja  
z okazji rocznicy wyzwolenia  
od faszysmu i wojny

Mezinárodní deklarace  
k výročí osvobození od fašismu  
a války Pátek, 09 květen 2014



Der Imperialismus bedroht erneut den Frieden in der Welt. Jüngst ist die Ukraine zum Spielball der imperialistischen Räuber geworden. Die imperialistischen Mächte kämpfen im Bund mit der Konterrevolution um die Reste des ehemaligen Volkseigentum. Sie werden beim Kampf um die Neuaufteilung der ehemals sozialistischen Gebiete nicht davor zurückschrecken, die Welt ein drittes Mal innerhalb von 100 Jahren in einen Krieg zu stürzen. Heute, vor 69 Jahren, am 9. Mai 1945 beendete die sozialistische

Sowjetunion den letzten Weltkrieg mit der Niederschlagung des faschistischen Deutschlands. Es war der heroische Kampf der, aus der großen sozialistischen Oktoberrevolution hervorgegangenen Roten Armee im Bund mit den revolutionären Partisanen und antifaschistischen Befreiungsbewegungen in den besetzten Staaten, der diesen Sieg ermöglichte. Deswegen hissen wir an diesem historischen Datum die Fahne der Sowjetunion. Wir gedenken damit den heroischen Rotarmisten und Partisanen, die im Kampf um die

Befreiung unserer Völker von Faschismus und Krieg ihr Leben ließen. Wir erinnern damit daran, dass nur befreit vom Joch der kapitalistischen Ausbeutung, Frieden und Wohlstand für unsere Völker möglich ist. Wir setzten damit ein Zeichen für Heute. Es wird wieder die rote Fahne der Arbeiter sein, die den Kriegskurs der Imperialisten stoppt und der kapitalistischen Barbarei ein Ende setzen wird. Die Zukunft gehört uns!

Kommunistische  
Jugend der  
Tschechischen  
Republik  
KSM



Kommunistische  
Jugend Polen  
KMP



Freie Deutsche  
Jugend  
FDJ



Liga der  
Kommunistischen  
Jugoslawischen  
Jugend  
SKOJ



Russische  
Kommunistische  
Arbeiterpartei  
RCYL(b)



Jungsozialisten  
der  
Sozialistischen  
Arbeiterpartei  
Croatien



# Radl Demo gegen Kriegsvorbereitung

Am 11.07.2014 fand in Regensburg eine Fahrrad Demo gegen Kriegsvorbereitung statt. „Kennst du deine Stadt? Du wirst sie kennen lernen...“ war das Motto.

Die Demo machte Station an Orten in Regensburg an denen der Krieg vorbereitet und organisiert wird. Die Agentur für Arbeit, das Berufskarrierezentrum der Bundeswehr, und das Heimatschutzkommando in der Regierung der Oberpfalz.

50 Kriegsgegner nahmen laut Mittelbayerischer Zeitung teil. Startkundgebung war die Agentur für Arbeit. Diese

zwingt Jugendliche in Schulungen und Informationsveranstaltungen der Bundeswehr. Wer nicht spurt, dem werden die Gelder gekürzt.

Der Vorsitzende der Bundesagentur für Arbeit, Frank-Jürgen Weise ist: Fallschirmjäger, Jugendoffizier, Dozent für Betriebswirtschaft (Fachhochschule des Heeres), Bataillonskommandeur, Leiter der Bundeswehr-Strukturkommission, Oberst der Reserve und Sprecher des Beirats der militaristischen Clausewitz-Gesellschaft.

Weiter fuhr die Demonstration zum Berufskarrierezentrum der Bundeswehr in

Dokumentation eines Flugblattausschnittes zu der Bündnisaktion von Bund für Geistesfreiheit Regensburg, BI Asyl Regensburg, DFG-VK Oberpfalz, Internationaler Kultur- und Solidaritätsverein, SDS Regensburg, SJD-Die Falken, Bezirk Niederbayern / Oberpfalz und Kreisverband Regensburg, Regensburger Unterstützerkreis Klassenkampf statt Weltkrieg und ver.di Jugend Oberpfalz:

Gemeinsames Zentrum der Polizei- und Zollzusammenarbeit

Schwandorf. Das Abkommen von 1992 zwischen der BRD und der damals noch bestehenden Tschechischen und Slowakischen Föderativen Republik, genannt „Abkommen zur Bekämpfung organisierter Kriminalität und Terrorismus“, bildet bis heute die Grundlage, dass die Souveränität des tschechischen Staats mehr und mehr ausgehöhlt wird. Auf Grundlage dieses Abkommens wurden polizeiliche Kommissionen gebildet, der Informationsaustausch und die gegenseitige Ausbildung von Fachleuten festgeschrieben. In der Folgezeit wurden weitere Verträge geschlossen. Zum Beispiel: Der Vertrag über die Zusammenarbeit von Polizeibehörden und Grenzschutzbehörden in den Grenzgebieten — seitdem gibt es gemeinsam besetzte Dienststellen an der Grenze. Das klingt doch gut: Polizeiliche Zusammenarbeit, Ausbildung von Polizeien anderer Länder; Aufbau der staatlichen Strukturen — kurz: Deutschland ist der Freund und Helfer. Und wie klingt das: Auf dem Weg nach Prag mitten in der tschechischen Republik steht eine Polizeikontrolle, die Autos tschechischer Jugendlicher anhält und diese durchsucht. Die Polizisten sprechen deutsch, das Polizeiauto hat ein deutsches Kennzeichen, sie tragen die deutsche Uniform und ihre Einsatzbefehle bekommen sie aus der BRD. Im Rahmen der sogenannten „Nacheile“ kann die deutsche Polizei ohne Antrag oder Genehmigung über die tschechische Grenze fahren und dort Menschen polizeilich verfolgen — und zwar im gesamten tschechischen Staatsgebiet! Oder auch: Fabriken in Tschechien werden bestreift, die Bänder stehen still, die Zulieferungen an VW in der BRD drohen auszufallen. Ein Räumungskommando rückt heran, mitten drin das deutsche THW, das die Fabriken am Laufen halten soll. Auf diese Art von „Hilfe“ und „Zusammenarbeit“ würden die tschechischen Kollegen und Jugendlichen mit Sicherheit gerne verzichten!

**Hände weg von der tschechischen Republik!**

**Der deutsche Staatsapparat hat in anderen Ländern nichts zu suchen!**

Regensburg. Dort wird die soziale Not von Jugendlichen ausgenutzt, um sie in den Krieg zu treiben. Der Kapitalismus bietet Jugendlichen in der Regel nur Leiharbeit, Werkverträge oder Arbeitslosigkeit. Der deutsche Militarismus wiederum lockt sein Kanonenfutter mit gut bezahlten Jobs und kostenlosen Studien.

Nach einer Zwischenkundgebung am belebten Ernst-Reuter-Platz, ging es weiter zum Gebäude der Regierung der Oberpfalz. Dort hat das Bezirksverbindungskommando des militaristischen Heimatschutzes seinen Sitz. Dieser wird seit 2006 flächendeckend eingerichtet. 5.500 Reservisten sitzen in 470 Verbindungskommandos bei Landkreisen und kreisfreien Städten, Regierungsbezirken und in den Hauptstädten der Bundesländer. Dass Reservisten nicht nur für Katastropheneinsätze und die Fussball-WM, sondern auch für den „Ernstfall“ üben, zeigte sich z.B. am 01.04.2014 in Roding. Drei Tage lang übten die Reservisten der Regionalen Sicherungs- und Unterstützungskräfte aus Niederbayern und der Oberpfalz „Katastrophenhilfe, etwa bei Hochwasser oder anderen Großschadensereignissen“ und den „Umgang mit Handfeuerwaffen bis hinauf zur Panzerfaust“.

Aber nicht nur auf Regensburg lag der Fokus, auch das Gemeinsame Zentrum der Polizei- und Zollzusammenarbeit in Schwandorf bekam sein Fett weg. (siehe Kasten)

In Regensburg werden die Kriegsgegner weiter Aktionen machen, auch über die Stadtgrenzen hinaus, denn der Krieg geht nicht von einer Stadt allein aus.

Manel

## MINDESTLOHN

### IST ER DAS, WAS ER VERSPRICHT?

Ein Wahlgeschenk der SPD – von uns einfachen Leuten wurde er nicht erkämpft – und doch „Die Handschrift der Gewerkschaften finde sich im Koalitionsvertrag, so der ehemalige DGB-Vorsitzende Michael Sommer.“ (Einblick 12.13). Die Rede ist vom sogenannten flächendeckenden Mindestlohn 8,50€ pro Stunde entsprechen bei einer 40-Stunden-Woche in etwa einem Bruttomonats-lohn von 1428€. In Bremen ist bereits mit einem Kind aufstocken angesagt; die 8,50€ liegen dann bereits unter dem Hartz-Regelsatz!

Schauen wir aber nach Hamburg, Frankfurt/Main oder München, so deckte die 40-Stunden-Woche durch höhere Lebenshaltungskosten nicht einmal mehr den Bedarf eines Alleinstehenden.

Im Westen sind es 8,50€, im Osten gar nur 7,86€ - wovon ohne Unterstützung durch die Sozialkassen schon heute keiner leben kann.

Und nicht mal das soll laut Diskussionsstand für jeden gelten: Heute arbeiten ca. 6,5 Mio. Arbeiter für weniger als 8,50€, also jeder 6. Beschäftigte. Ausgenommen werden sollen aber Schüler, Studenten (fachliche Praktika) und Langzeitarbeitslose (in den ersten 6 Beschäftigungsmonaten), dazu Auszubildende. Und dann muss noch erwähnt werden, warum auch Jugendliche unter 18 Jahren vom Mindestlohn ausgenommen werden sollen. Schließlich müssen wir doch „geschützt“ werden! Nicht, dass wir einen Arbeitsplatz für 8,50€



Der 1. Mai ist seit über 100 Jahren ein Tag, an dem die Arbeiter überall auf der Welt für ihre Forderungen auf die Straße gehen. Als FDJ haben wir in vielen Städten an den 1. Mai Demonstrationen des DGB teilgenommen. In Bremen haben wir uns zusammen mit der Agitprop-Truppe Roter Pfeffer dem Block einiger Mercedes Arbeiter und dem Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD angeschlossen. Dort trafen wir auch auf ein paar Dutzend Mercedes Arbeiter aus dem Werk in Südatrika, die zur Qualifizierung in Bremen eingesetzt waren. Sie haben uns ein Stück der Musik und Kampfkultur des südafrikanischen Volkes mitgebracht, dass einst die Apartheid besiegt hat und aktuell um seine Befreiung von der kapitalistisch/imperialistischen Unterdrückung kämpfen muss. Dadurch haben wir einen sehr kämpferischen und munter vorwärts-gehenden Demoblock gebildet.

annehmen, anstatt eine noch niedriger entlohnte Ausbildung zu machen! (§ 22 des „Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung der Tarifautonomie“, Stand Mai 2014). Haben wir jemanden vergessen? Ach ja! Diejenigen, die Hartz IV empfangen und vom Amt verdonnert werden, für einen(!) Euro die Stunde zu arbeiten. Somit werden gerade die Arbeiterjugend und die Erwerbslosen verschärft in die Rolle der Lohndrücker befördert.

Unions-Politiker fordern darüber hinaus, dass für Rentner, Praktikanten und studentische Hilfskräfte die Lohnuntergrenze nicht gelten dürfe. Beschlossen voraussichtlich am 04.07.14, soll er gelten ab dem 1.1.2015, von Tarifverträgen unterlaufen werden darf er bis zum 31.12.16. Danach soll er überall gelten. Ab 2018 dann soll alle zwei Jahre eine Kommission (3



Gewerkschafts- und 3 Kapitalvertreter + ein „neutraler“ Vorsitzende) über die Höhe des Mindestlohns entscheiden. Was auch dringend notwendig erscheint, entsprechen die 8,50€ dann real doch nur noch 7,80€ in Kaufkraft gemessen. Sofern man eine durchschnittliche Inflation von 2% zugrunde legt. Weniger bekannt ist, dass mit dem „flächendeckenden“ Mindestlohn dem mittlerweile bewaffneten Zoll der Zutritt in alle Betriebe geöffnet wird – er kontrolliert dessen Einhaltung. Ist das nicht eigentlich Aufgabe des Betriebsrats oder der Gewerkschaften? Aber so werden ganz nebenbei die bewaffneten Büttel des Staates in die Betriebe geladen.

Ich will gar nicht drüber nachdenken, wenn das nächste mal „der Betriebsfrieden gestört“ wird von „Jemandem, der eine Maschine“ abstellt (Definition der Bundesregierung).

**Lasst euch nicht betrügen von diesem Wahl“geschenk“!**  
**Raus mit den Bütteln des Staates aus unseren Betrieben!**  
**Für ein lebenswertes Leben!**

### Wer ist die Freie Deutsche Jugend?

Die FDJ wurde im Exil von Jugendlichen, die ihres Kampfes gegen die Wiederbewaffnung vor dem deutschen Faschismus fliehen mussten, gegründet. Sie beendete zeitweilig die Spaltung der Arbeiterjugendbewegung in Kommunisten, Sozialdemokraten und andere Antifaschisten. Das war eine wichtige Lehre aus dem opferreichen Kampf gegen den Hitler-Faschismus. Seither hat sie eine bewegte Geschichte: Sie leistete ihren Beitrag zur Niederschlagung des deutschen Faschismus, wurde als erste Massenorganisation in der BRD 1951 auf Grund



**Freie Deutsche Jugend**  
-Gruppe Bremen-

www.FDJ.de  
Katrin@fdj.de

Deswegen schließ dich uns an!

## Toter Soldat in der Frankfurter Klingerschule

Zur Berufsberatung am Mittwoch, dem 22. Januar 2014 in der Frankfurter



Klingerschule tauchte ein toter Soldat in der Aula auf. Auf einer Bahre liegend und mit einer Gasmaske vor dem Gesicht. Direktor Klaus Schäfer holte umgehend die Polizei, die mit sieben Mannschaftswagen und Dutzenden Einsatzkräften sofort zur Stelle war und die Schule umstellte. Abgelegt hatten den toten deutschen Soldaten einige Kriegsgegner der internationalen Antikriegsaktion „Klassenkampf statt Weltkrieg“. Bertolt Brechts Gedicht „Legende vom toten Soldaten“ aufgreifend, das er gegen Ende des Ersten Weltkriegs geschrieben hatte und wegen dem er von einer deutschen Regierung 1933 verfolgt und ausgewiesen wurde, die den Zweiten Weltkrieg vorbereitete.

Neben Firmen und Ämtern hatte die Direktion der Klingerschule auch die

Bundeswehr eingeladen. Schülerinnen und Schüler, die sich bei der Bundeswehr verpflichten, verpflichten sich in den Krieg gegen andere Länder zu ziehen und dort Menschen umzubringen. Mit der klaren Ansage, selbst verkrüppelt oder tot zurück zu kommen. Der tote Soldat zeigte den Schülern also recht plastisch, was sie beim deutschen Militär erwartet. Deswegen forderten die Kriegsgegner die Schüler auf, die Bundeswehr von ihrer Schule zu entfernen. Ein Teil der Schülerinnen und Schüler fand das richtig, nicht aber Direktor Schäfer. Anstatt seine



Schüler vor den Werbemännern für den Krieg zu schützen und die Offiziere von der Schule zu verweisen, erteilte er den Kriegsgegnern Hausverbot. Wird schon wieder der Schulhof zum Kasernenhof? Im gleichen Atemzug rief er die Polizei, die nicht etwa die Bundeswehr der Schule verwies, weil sie grundgesetzwidrig Krieg im Ausland führt. Ganz im Gegenteil. Mit mehreren Mannschaftswagen angerückt, wurden die Personalien der Antimilitaristen aufgenommen, der Direktor erstattete Anzeige wegen Hausfriedensbruch. Den Frieden bricht heute also nicht der, der Krieg führt, sondern der, der für den Frieden eintritt! Wohin marschiert dieses Land wieder 100 Jahre nach Beginn des 1. Weltkriegs, 75 Jahre nach Beginn des 2. Weltkriegs. Sind sie schon wieder so weit? Die Kriegsgegner jedenfalls haben ihnen den Kampf angesagt, Flugblätter verteilt und werden auch den kommenden FDJ-Prozess nutzen, gegen die Bundeswehr und ihre Helfershelfer in den Schulen und anderswo vorzugehen. Es ist 5 vor 12.

## Abonnement / Impressum

Ich abonniere hiermit die Fanfare für vier Ausgaben zum Preis von 5 € (Förder-Abonnement: 15 Euro).

Den Betrag habe ich  
( ) in Briefmarken bzw. Banknoten beigelegt.  
( ) auf das Konto Nr.: 55 83 82 20 05  
bei der Berliner Volksbank BLZ 100 900 00 überwiesen.

Name: \_\_\_\_\_

Anschrift: \_\_\_\_\_

Telefon: \_\_\_\_\_

Spendenkonto:  
Inhaber: FDJ, Berliner Volksbank, BLZ 100 900 00, Konto Nr.: 55 83 82 20 05

Die FANFARE ist das Infoblatt der Freien Deutschen Jugend.

Herausgeber ist der FDJ Zentralrat. Quellen- und Bildnachweise auf Anfrage. Sämtliche Artikel geben lediglich die Meinung des Verfassers wieder.

Herausgeber: FDJ Zentralrat; E.i.S V.i.S.d.P.:

M. Wildmoser, c/o FDJ Zentralrat, Karl-Liebknecht-Haus, Weydingerstr 14-16, 10178 Berlin Tel./Fax: 030-24 00 92 11, Mail: Fanfare@FDJ.de, Internet: www.FDJ.de

## Ein Zug durch die Republik gegen den deutschen Krieg!

Es ist heute kein Geheimnis mehr, dass die seit knapp sieben Jahren wütende Weltwirtschaftskrise für alle Arbeiter und Jugendlichen weltweit Elend, Hunger und Not bringt. Hierzulande sprechen Fabrikbesitzer, Politiker und Medien jedoch eine andere Sprache: die Krise sei schon lange vorbei, es ginge wieder aufwärts! Für die herrschende Klasse der BRD ist das auch der Fall, sie sind gleich doppelte „Krisengewinner“ oder besser: „Krisenverschieber“.

Warum?

1. Sind ihre Verkaufszahlen nicht so sehr im Keller wie bei den Bank- und Fabrikbesitzern anderer Länder. Dies ist wiederum begründet z.B. in der Bezahlung der Arbeiter durch sich selbst. Wie das? Angefangen bei der Kurzarbeit, wo plötzlich die von den Kollegen eingezahlten Arbeitslosengroschen in den Fabriken als ein Teil der Löhne ausbezahlt wurde. Leiharbeit und Werkverträge senken drastisch die Löhne und sind als Wirtschaftsmodell fest etabliert.

Ihr 2. Sieg liegt darin, dass wir all das zulassen, anstatt dagegen aufzustehen. In anderen Ländern wie z.B. Spanien oder Griechenland vergeht kaum ein Tag mehr

ohne Demonstrationen und Streik. Statt also aufzustehen wie unsere Klassenbrüder auf der ganzen Welt, geben wir ohne einen Muks auch unseren letzten Groschen.

All das ist aber nichts anderes, als wenn man immer mehr Sprengstoff in eine Bombe füllen würde, in der Hoffnung die schon brennende Lunte würde erlöschen. Denn diese Ruhe ist nur auf Pump – die Halden wachsen nicht unbedingt mit offensichtlichem, doch für die meisten unbezahlbarem Schrott. Ein Auto welches fünf Jahre plus auf seinen Verkauf warten muss, ist nix anderes. Die Ausnutzungskapazitäten der Fabriken sinken, Stammarbeitsplätze werden vernichtet oder durch nur halb so gut bezahlte und null abgesicherte Leiharbeiter ersetzt.

Historisch bewiesen ist, dass Krieg immer die Zerstörung von anderen Ländern und Konkurrenten bedeutet. So dass ein äußerst rentabler Neuaufbau bei Kriegsende unvermeidbar wird.

„Die Kapitalisten wollen keinen Krieg, sie müssen ihn wollen.“ (B. Brecht)  
Die einzige Möglichkeit den Krieg zu bekämpfen und den Frieden zu erhalten ist also die:

Nehmen wir uns ein Beispiel an den Kämpfen der Völker anderer Länder!  
Wir sind eine Klasse!  
Hoch die internationale Solidarität!

Deshalb wollen wir in den nächsten Monaten durch verschiedene Städte dieses Landes reisen. Und nächstes Jahr geht es dann zum 8. Mai nach Polen, dem Tag des Sieges der Völker über den Hitlerfaschismus.

Wir sind Teil der internationalen Antikriegsaktion „Klassenkampf statt Weltkrieg“, in dem Arbeiter und

Jugendliche, Antifaschisten, Demokraten, Sozialisten und Kommunisten aus der Tschechischen Republik, Polen und der größer gewordenen BRD gemeinsam kämpfen.

Schließ dich an!

Marlene

### Wir sind doch nicht blöde

*Doof gebor 'n wird keiner,  
doof wird man gemacht.  
Und wer behauptet: doof bleibt doof,  
der hat nicht nachgedacht.*

*Wir sind doch nicht blöde:  
Kriege werd'n gemacht,  
damit die Reichen reicher werd'n.  
Ihr Herrn, nehmt euch in Acht!*

*Wir sind doch nicht blöde,  
wir woll'n ne andre Welt,  
ganz ohne Krieg und ohne Herrn,  
damit sie uns gefällt.*

*Warum sind die Reichen reich  
und nicht alle Kinder gleich?  
Warum gehört nur einem die Fabrik?  
Wir woll'n lernen, was die Welt,  
wie sie ist, zusammenhält,  
woll'n wissen, wie sie besser werden  
kann.*

*Wir sind doch nicht blöde...*

*Freundschaft jedem Kind der Welt,  
ob nun schwarz, ob weiß, ob gelb!  
Wer das nicht will, den schicken wir  
zum Mond!*

*Alle leben ohne Not.  
Keiner schießt den andern tot.  
Gemeinsam schaffen wir 'ne bess're  
Welt!*

*Wir sind doch nicht blöde...  
Doof gebor 'n wird keiner...*

*Agitproptruppe  
Dynamo Frankfurt  
August 2014*

## Wir sind doch nicht blöde

Kinder für das Karussell des Aktionszug und für uns gewinnen. Das wollten wir, als wir in den Innenhof eines Genossen im Frankfurter Gallusviertel zogen. Täglich am späten Nachmittag sind immer zahlreiche Kinder zwischen 4 und 14 Jahren dort am Rumtoben. Der Genosse kündigte im Vorfeld unseren ersten Einsatz bei den Kindern an – mit Erfolg. Die Kinder waren aufgeregt und mobilisierten sich gegenseitig. Gegen 17.30 Uhr trafen wir mit 11 Genossen ein – sprich wir FDJler und die Agitproptruppe Dynamo Ffm sowie Genossen vom Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD. Etwa 15 Kinder befanden sich im Hof. Unsere Blechtrommeln waren natürlich Anziehungspunkt für die Kinder. Aber nicht nur die: sie griffen nach allem Equipment der Agitprop, so dass erst mal Chaos herrschte. Jedoch war das Trommeln

unserem Missfallen.

Also die politische Inszenierung mit dem Karussell lies sich so nicht realisieren. Was sehr gut ankam, war der Einsatz des Geldsacks: Als er den Kindern das Karussellfahren verbieten wollte und wir riefen: „Lasst euch das nicht gefallen, jagt ihn davon“, setzten die Kinder dies sogleich in die Tat um und der Geldsack wurde durch eine Schar von Kindern aus dem Hof gejagt. Nach etwa 90 Minuten beendeten wir unseren ersten Einsatz.

Resultat: Die Kinder waren sehr aktiv und beteiligten sich rege. Die Eltern der Kinder kamen, trotz unseren Aufforderungen, nicht aus ihren Wohnungen.

Beim zweiten Einsatz, am Samstag, den 9. August, war mit den Kindern geplant, mit dem Lkw durchs Gallus zu ziehen. Doch als wir um 13 Uhr eintrafen, waren die Kinder nur vereinzelt

im Hof anwesend. Nur zögerlich kamen 5 - 6 Kinder in den Hof. Einigen Kindern war es von ihren Eltern nicht erlaubt worden, auf dem Lkw mitzufahren. Zwei ältere Kinder (10 u. 11 Jahre) hatten gleich ihre Zusage der Eltern, zwei weitere Kinder konnten wir nur mit Rücksprache ihrer Eltern zur Mitfahrt auf dem Lkw gewinnen.

Für 15 Uhr hatten wir ein gemeinsames Grillen mit den Eltern angekündigt. Wir hatten mitten im Hof Biertischgarnituren und einen großen



Grill aufgestellt. Im Vorfeld hatten etwa 15 Erwachsene zugesagt vorbeizukommen und fanden die Idee eine gute Sache. Sie kamen aber weder vor dem Grillen noch währenddessen aus ihren Wohnungen. Lediglich die Kinder begleiteten uns begeistert und sicherten ab, dass nichts mehr auf dem Grill verblieb. Einige Kinder brachten sogar Grillwürste zu ihren Eltern in die Wohnungen. Ein zeitgleiches politisches Programm mit den Kindern war leider von uns nicht organisiert worden. Wir waren zu sehr auf das Eintreffen der Eltern fixiert gewesen, welches ja ausblieb. Aus Gesprächen im Nachhinein erfuhren wir, dass Samstagnachmittag ungünstig ist.

Bei einem dritten Treffen in kleinerer Version stellten wir wieder fest, dass zwischen den 4-8 jährigen Kindern und Kindern ab 10 Jahren riesige Unterschiede in der Auffassungsgabe bestehen. Beim nächsten Mal wollen wir versuchen dem Rechnung zu tragen.

Micha



in dem Innenhof zu laut und die Kinder schlugen taktlos darauf herum, sodass wir sehr bald zum Singen übergangen mit dem Lied „Wir sind doch nicht blöde ...“. Wir verteilten den Text dazu und fast alle Kinder machten mit (siehe Foto).

Wir hatten auch eine Ausstellung aufgebaut zu Klassenkampf statt Weltkrieg, die wir den Kindern erläuterten. Dann stellten wir das Karussell auf. Kaum stand es auf dem Boden, sprangen alle Kinder drauf und ließen sich nur schwer wieder runterbringen. Kleine rote Fahnen hatten wir erstellt, mit denen die Kinder gerne rumliefen und sie rumschwenkten. Als wir ihnen Helme reicheten, um das politische Stück für den Zug auf dem Karussell zu proben, nahmen sie sie sofort und setzten ihn mit Begeisterung auf – zu



  
**K**  
**statt**

**KLASSENKAMPF**  
**WELTKRIEG**

# 100 Jahre I. Weltkrieg • 75 Jahre II. Weltkrieg • 15 Jahre Angriffskrieg gegen Jugoslawien – Stoppt den deutschen Kriegskurs!

*Jugendbündnis gegen Krieg und ein Vertreter der SKOJ auf Veranstaltungsrundreise*

2014 ist ein Jahr der unrühmlichen und verhängnisvollen Kontinuität deutscher Aggressionen: es jährte sich der Beginn des Ersten Weltkriegs 1914, in den das Deutsche Reich allen geschichtsrevisionistischen Tendenzen zum Trotz eben nicht „hineingeschlittert“ ist. Es jährte sich der offizielle Beginn des Zweiten Weltkriegs 1939, der nicht nur unermessliches Leid und Vernichtung für einen Großteil der Welt zu Folge hatte, sondern mit der industriellen Vernichtung von Menschen, dem größten Verbrechen der Menschheitsgeschichte, auch gezeigt hat, wie weit ein krisengeschüttelter Kapitalismus zu gehen bereit ist. Und es jährte sich zum fünfzehnten Mal der Beginn der Bombardierung und des Angriffskriegs gegen die Bundesrepublik Jugoslawien.

Diese Jahrestage zum Anlass genommen, lud das Jugendbündnis gegen Krieg einen Vertreter der kommunistischen Jugend Jugoslawiens (SKOJ) ein, um gemeinsam an die Verbrechen der deutschen Außenpolitik zu erinnern und gegen die Vorbereitung künftiger deutscher Kriege den Kampf aufzunehmen. Auf einer Rundreise durch Essen, Bremen, Dresden, Ingolstadt, Regensburg, Frankfurt/Main wurden Veranstaltungen abgehalten, in denen der Genosse der SKOJ über die bis heute anhaltenden Konsequenzen des Krieges berichtete, in dem die lange vorbereitete Sezession Jugoslawiens durch Schüren der innerjugoslawischen Konflikte



*Joachim Gauck in Griechenland 2014  
Copyright Günter Wangerin*



*Deutsch-ukrainische Freundschaft 2014  
Copyright Günter Wangerin*

mit Bomben besiegelt wurde. In einer anschließenden Rede des Jugendbündnisses forderten wir den Zusammenschluss der fortschrittlichen Kräfte gegen kommende und in Vorbereitung befindliche deutsche Kriege.

Die Veranstaltungsrundreise zeigte folgendes: Wir wissen viel zu wenig über das Land, das mit Soldaten und Partisanen unter großen Opfern nicht nur die eigene sondern auch die Befreiung Deutschlands vom Hitlerfaschismus erkämpfte, dessen sozialistischer und friedlicher Wiederaufbau aus Trümmern den westdeutschen Herren schon sehr bald ein Dorn im Auge war und das das erste Opfer des größer gewordenen Deutschlands wurde.

Bei den Schulverteilungen zur Mobilisierung für die Veranstaltung wurde dies auch deutlich: die Zerschlagung Jugoslawiens hat scheinbar ihren Einzug in die Geschichtsbücher noch nicht, dafür aber in die Erdkunde-Atlanten gefunden, da kaum jemand mit „Jugoslawien“ etwas anfangen konnte.

In Bremen wurde die Veranstaltung mit der Bilecanka, einem jugoslawischen Partisanenlied eröffnet, bevor der Genosse der SKOJ von den Kriegsfolgen für sein Land berichtete: Das während des II. Weltkrieges geschriebene Lied schildert das Lagerleben, doch weist es in all dem Elend auf das neue Leben hin, ein Leben ohne Unterdrückung und Krieg. Anlass genug nach drei deutschen Überfällen auf die östlichen Nachbarn den Wurzeln für Krieg und Unterdrückung den gemeinsamen Kampf endlich aufzunehmen.

In Regensburg waren an die 60 Besucher aufgrund der in der Stadt geklebten Plakate gekommen. Das Publikum erfuhr, was es heißt, wenn ein kleiner Junge die Bombardierung seines Landes mitbekommt. Nicht aus dem Fernseher, sondern aus dem Luftschuttkeller. Nicht aus Erzählungen, sondern auf der Flucht in den Wald. Als der Vater wieder nach Hause kam, war er nicht mehr derselbe. Der letzte Rest des eh schon zerstückelten Jugoslawiens, die noch übriggebliebene Bundesrepublik Jugoslawien, wurde

Kriegspolitik lieber übersehen wollte, an zwei 6m-Transparenten vorbei drücken. Einzelne Passanten waren froh die Kundgebung zu sehen und sich einige der vom Jugendbündnis und den Unterstützern der Veranstaltung, dem Kölner Unterstützerkreis „Das Begräbnis oder die Himmlischen Vier“ und dem Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD, gehaltene Reden anhören zu können. So z.B. ein russischer Staatsbürger, der regelrecht erleichtert war, dass nicht alle in der BRD der Hetze gegen Russland

jugoslawischen Bürger. Zerstört oder beschädigt wurden 422 Schulen, Kindergärten, 19 Bahnhöfe, 13 Flughäfen, 82 Brücken, 110 Krankenhäuser, etwa 50 Klöster und kirchliche Einrichtungen. Fast vollständig zerstört wurden die Industriezentren von Belgrad, Novi Sad, Nis und Kragujevac. Kurz: das Land wurde in die Steinzeit zurück gebombt. Und das alles, wie Bundeskanzler Schröder sagte, um „eine humanitäre Katastrophe zu verhindern“.



*„100 Jahre I. Weltkrieg • 75 Jahre II. Weltkrieg • 15 Jahre  
Angriffskrieg gegen Jugoslawien – Heute die Ukraine und morgen  
wieder gegen Russland, die USA und den Rest der Welt?“*

*„Generalplan Ost – 1990 DDR, 1999 Jugoslawien, 2014 Ukraine...  
„Stoppt den deutschen Kriegskurs!“*

völkerrechtswidrig und federführend durch den deutschen Imperialismus 1999 um 100 Jahre zurück in die Geschichte gebombt.

Am 15. Jahrestag des Beginns der Bombardierung Jugoslawiens (24. März 1999) wurden außerdem in vielen Städten Aktionen zur Mahnung an den Jugoslawien-Krieg abgehalten. In München, wie anderen Orts, zeigte eine Demonstration von Kriegsgegnern: Es gibt sie, die Stimmen gegen den Krieg! Hier, wie in vielen anderen Städten wurde symbolisch eine Brücke besetzt, und zwar die Ludwigsbrücke, die 15 Jahre zuvor, während des Krieges besetzt wurde aus Solidarität mit den jugoslawischen Bürgern, die unter Einsatz ihres Lebens Donaubrücken besetzten, um sie vor dem feigen und militärisch völlig sinnlosen Beschuss durch deutsche Tornados und Nato-Bomber zu schützen.

In Essen fand eine Kundgebung statt: das Essener Publikum auf dem Willy-Brandt-Platz musste sich, wenn es die Parolen gegen die Kontinuität deutscher

zustimmen und wenigstens ein paar die deutsche Brandstiftung in der Ukraine offenlegen.

Warum machen wir gerade heute diese Aktion? Am 24. März 1999, vor 15 Jahren, flogen zum dritten Mal innerhalb eines Jahrhunderts deutsche Bomben auf den Balkan. Es war der erste deutsche Angriffskrieg, nachdem 1945 die Völker der Welt unter größten Anstrengungen und immensen Verlusten den Hitlerfaschismus niedergedrungen und den deutschen Drang nach Ost- und Südosteuropa in die Schranken gewiesen hatten. 35.000 Luftfeinsätze in 78 Bombennächten, 1.800 ermordete Zivilisten, Tausende Verwundete, 1 Million Flüchtlinge und Vertriebene. Zerstört wurden die Raffinerien, das Wasser- und Energiewesen, große Teile des Straßen- und Eisenbahnnetzes, ganze Dörfer und Wohnviertel lagen in Schutt und Asche, zerbombte Universitäten. Zerstört wurden TV- und Radio-Stationen, Museen, Friedhöfe, Gedenkstätten, darunter Gedenkstätten an die im Zweiten Weltkrieg von der Wehrmacht erschossenen

Dies alles geschah durch Bruch des Völkerrechts und der UN-Charta. Deutschland hatte federführend die Zerschlagung eines souveränen Staates angeführt, sich endgültig von der Nachkriegsordnung losgerissen und wieder aufgeschwungen zum Tonangeber in der Welt. Und mit diesem Deutschland haben wir es heute zu tun: Jugoslawien ist weder für die Verbrechen der Wehrmacht, noch für die der Bombardierung durch deutsche Bomber 1999 entschädigt worden. Die Kriegsverbrecher hierzulande sind auf freiem Fuß. Mehr noch: auf dem Eroberungsfeldzug wird fröhlich weitermarschiert. Die neue Regierung hat Krieg und Militäreinsätze gänzlich enttabuisiert. Deutschlands Sicherheit und deutsche Interessen werden längst nicht mehr nur am Hindukusch verteidigt, sondern weltweit, skrupellos und nach alter Manier. „Nie wieder Krieg von deutschem Boden aus“ – das ist das Versprechen an die Völker der Welt, das wir bis heute nicht eingelöst haben. In diesem Sinne: Stoppt den deutschen Kriegskurs!

# Rote Werkstatt - Vorbereitung der internationalen Antikriegsaktion



Am 26. und 27. Juli trafen sich Jugendliche aus der der ganzen Bundesrepublik um sich auf die Internationale Antikriegsaktion Klassenkampf statt Weltkrieg vorzubereiten.

Zusammen mit den AgitProp Truppen wurden hier Lieder gegen den Krieg und gegen die Unterdrückung geprobt - Kinderlieder, Jugendlieder und Lieder des polnischen Partisanenkrieges.

In kleinen Gruppen wurde das

Schalmeispiel, einige Trommelrhythmen und Ideen zu unserer gemeinsamen Arbeit ausgearbeitet.

Es war aber auch Zeit sich mit einigen Fragen zu beschäftigen. So hörten wir zum Beispiel einen Vortrag über die Revolutionsetüde von Chopin und die revolutionäre Bedeutung seiner Musik.

Das alles und noch viel mehr ist Grundlage für das Programm des AgitProp

Kunstzuges, der am Samstag den 30. August in Polen (Zgorzelec) starten wird und von hier aus eine Reise durch die ganze Republik unternimmt, um vor dem nächsten großen Deutschen Krieg zu warnen.

Der nachfolgende Sprachchor der auch geprobt wurde, wird so oder so ähnlich von den 3 LKW's zu hören sein gerufen von Jungen Darstellern, die Schluss machen wollen mit dem Krieg.

Nico



Diese Wägen gilt es mit dem Sprachchor zu erobern!

Die Kinder sollten wir selbstverständlich auf unsere Seite ziehen, auf dass Keiner mehr in den Krieg ziehen muss!

## Erster Sprachchor (Fahrerhaus 1. und 2. Wagen)

Seht, die gewaltige Kanzlerin Merkel steigend auf ihre Vau Zwei ständig suchend das Auge des Chefs: Das deutsche Großkapital. Wohin fliegt die sorgsam verwahrte Rakete der Nazis: aufgemotzt und wieder in Anschlag gebracht. Paris? London? Washington? Peking? Oder Moskau?! Unter sich begrabend Wien, Prag, Wilna, Warschau, Brüssel und Athen – nach alter Gewohnheit?! Niemand weiß es. Aber sicher ist dies:

*Einzelstimme über Lautsprecher/ Megaphon vom 3. Wagen*

**DIE KAPITALISTEN WOLLEN KEINEN KRIEG.**

Sie müssen ihn wollen.

Die deutschen Kapitalisten haben zwei Möglichkeiten in einem Krieg:

1. Sie verraten Deutschland und liefern es an die USA aus.
2. Sie betrügen die USA und setzen sich an die Spitze.

*Ende Einzelstimme*

Was wollt ihr tun?! Abwarten?!

## Zweiter Sprachchor (Fahrerhaus 3., 2. und 1. Wagen)

*(Die Regie wird festlegen, ob und wie die Germania Figur tätig wird.)*

*Fahrerhaus 3. Wagen (Lärm auf Eisen)*

We – he!

*Fahrerhaus 3. und 2. Wagen*

We – he!

Während ihr wartet schreitet sie zur Tat. Seht, die Germania, „Mutter der Nation“ seit 1870/71, Eure und unsere Kinder mordend von Krieg zu Krieg. Wir ziehen mit, Beulen schlagend unserem Wissen als Proletarier.

*Fahrerhaus 2. Wagen*

Solange ihr nichts tut, werden sie weiter umgebracht.

Solange ihr nichts tut, werden sie weiter umgebracht.

Solange ihr nichts tut, werden sie weiter umgebracht.

## Fahrerhaus 1. Wagen

Ständig in Schwäche gehalten von Niederlag zu Niederlag  
Kämpfend ums knappste Dasein;  
können wir  
Dennoch erreichen  
Völligen Untergang des ungeheuren Feinds. [ Wir wissen es. ]

*Fahrerhaus 3. Wagen und alle Jungen, die auf dem Wagen oder von sonst wo mitsprechen wollen*

Aber meint ihr, wenn ihr ein Parteibüro stürmt,  
Dem und dem Schwein von Politiker  
Die Fresse einhaut, wird es besser? Das Ist ganz aussichtslos; aber  
Nicht ohne Aussicht ist unser Kampf  
Um die Herrschaft selber im Staat und um die Fabriken.

## Dritter Sprachchor (Fahrerhaus 3. und 2. und 1. Wagen)

*gesungen:* Erst dann wird der Frieden nicht mehr gestört,  
wenn dem Proleten die Welt gehört.  
Drum reih' dich ein in die Rote Front,

*gesprochen:* Weil schon wieder ein Weltkrieg droht.

*gesungen:* Erst dann wird der Frieden nicht mehr gestört,  
wenn dem Proleten die Welt gehört.  
Drum reih' dich ein in die Rote Front

*Vielleicht möchte jetzt ein oder mehrere Kinder vom „Germania-Wagen“, nachdem das alles zu hören war, die von den Kriegsgegnern angebotene rote Fahne annehmen und zu ihnen übergehen ... (Wir haben auch die Toten auf unserer Seite.)*

\*\*\*

*In Zgorzelec um den 1. September 2014 könnten alle Sprachchöre in deutscher Sprache gehalten und in (ungefähr) polnischer Übersetzung von einer Einzelstimme über Lautsprecher „darüber gesprochen“ werden. Das Brecht-Zitat „Die Kapitalisten wollen keinen Krieg“ (S. 1) würde nur in polnischer Sprache gesagt.*

Angela / Agitproptruppe Roter Pfeffer, 13.7.2014

# Panem et circenses<sup>1</sup>: Fußball, das Volk und die WM

Hier soll es dieses mal nicht um randalierende Jugendliche gehen die Fensterscheiben einschlagen und „Sieg Heil“ brüllen. (DIE WELT, 28.7.14) Sondern um das was abseits der Fan-Meilen in Berlin so alles geschah. Im Reichstag.

Seit Jahren erleben wir wie die sog. „Altersarmut“ zunimmt, wie viele unserer Kollegen in die moderne Zwangsarbeit, genannt „Leiharbeit“ und „Werksverträge“, gepresst werden: ein unbefristeter Job, von dem man auch noch halbwegs leben kann, einem Sechser im Lotto gleicht. Von unseren Schulwänden bröckelt der Putz. Das Wort von der „Zwei-Klassen-Medizin“ ist zu einem längst etablierten Begriff geworden.

Während man für Banken und die weitere Ausplünderung von Staaten wie Griechenland oder Spanien fleißig „Rettungspakete“ schnürte, verkommt unser Gesundheitswesen zunehmend. Viel braucht dazu nicht gesagt zu werden. Die Worte „Ärztemangel“ und „Pflegenotstand“ sind wohl jedem ein Begriff, der auch nur ab und zu mal einen Blick in die Zeitung oder das Internet wirft.

Die Banken und Konzerne, ihre große Koalition wissen nur allzu gut, dass in den fortwährenden Angriffen auf den Lebensstandard des Volkes immer auch die Gefahr mitschwingt, dass es irgendwann „massive soziale Unruhen gibt“. (FAZ 30.05.14) Was bietet sich da besser an als einen ganzen Packen reaktionärer Gesetze in einer Zeit durchzupfeitschen in der sich Millionen gerade überhaupt nicht für Politik interessieren? Es ist schließlich Weltmeisterschaft. „Schwarz-Rot-Geil“ (BILD, 21.08.14) ist endlich wieder angesagt!

## Generalangriff auf die Krankenversicherung:

Am 5. Juni hat der Bundestag das „Gesetz zur Weiterentwicklung der Finanzstruktur und der Qualität in der gesetzlichen Krankenversicherung“ verabschiedet.

Vorab noch ein paar Worte zum System der gesetzlichen Krankenversicherung: Der Reichskanzler Bismarck hatte sie einst eingeführt um mit „Zuckerbrot und Peitsche“ dem weiteren Anwachsen der revolutionären Arbeiterbewegung entgegen zu wirken. Die Arbeiterorganisationen, die damals noch sozialistische SPD und die Gewerkschaften waren dem Terror der „Sozialistengesetze“ ausgesetzt. Währenddessen sollte wenigstens so getan werden, als würde die Regierung das größte Elend der arbeitenden Massen lindern. Die Sozialpolitik Bismarcks war keineswegs eine soziale Wohltat gegenüber der Arbeiterschaft und dem Volk, sondern sollte es an den Staat binden. Die Kapitalisten erhofften sich durch ein wenig „soziales Öl“ den Ausbruch von Revolten und Revolutionen zu verhindern. Außerdem war die Krankenversicherung aus der Sicht der Kapitalisten absolut notwendig. Immer mehr Arbeiter waren schließlich völlig kaputt geschunden, so dass sie nicht mehr arbeitsfähig waren. Die Ausbeutung der Kapitalisten ruinierte immer mehr die wichtigste Produktivkraft - die menschliche Arbeitskraft. Dem sollte mit der Einführung der Kranken- und weiterer Sozialversicherungen etwas entgegen gewirkt werden.

Die Krankenversicherung besteht im Wesentlichen aus zwei Komponenten. Das was die Arbeiter einzahlen, also einem Teil des Lohnes der vom Unternehmer einbehalten und an den Staat abgeführt wird (sog. „Krankenkassenbeitrag“) und dem was der Unternehmer einbezahlt. Dieser sog. „Arbeitgeberanteil“ wird jedoch wieder in Form niedrigerer Löhne auf die Arbeiter und Werkstätten umgelegt. Diese Regelung besteht seit der Einführung der gesetzlichen Krankenversicherung im Jahr 1883.

Der „Arbeitgeberanteil“ wurde in den letzten Jahren im Zuge der zahlreichen „Reformen“ die die Krankenversicherung erfahren hat, immer weiter verkleinert. Begründet wurde das mit der Notwendigkeit die „Lohnnebenkosten“ stabil zu halten bzw. zu senken.

Das neue Gesetz will den Anteil den die Kapitalisten nun abführen müssen

„einfrieren“. Das heißt, er soll gleich bleiben. Was bedeutet das aber für uns? Es bedeutet, das die Unternehmer sich nicht mehr an Preissteigerungen, an den Kosten neuer medizinischer Technik und Entwicklungen beteiligen. Die Kosten einer modernen medizinischen Versorgung müssen nun alleine von den Beiträgen der „Lohn- und Gehaltsempfänger“ finanziert werden! Dadurch sind ständig steigende Beiträge für die Arbeiterklasse und das Volk, das zum größten Teil ja pflichtversichert ist, quasi vorprogrammiert.



Das neue Gesetz ermächtigt die Krankenkassen von nun ab auch den Beitrag, bzw. die Beitragssteigerungen und die Ausgaben für Gesundheit selbst festzulegen. Ohne dass es dafür einen Beschluss des Parlaments bedarf. Bisher musste jede Erhöhung durch den Gesetzgeber beschlossen werden. Einzig die privaten Krankenkassen konnten ihre Beiträge selbst festlegen. Die staatliche Krankenversicherung funktioniert damit in Zukunft wie eine private! Nicht mehr der Gesetzgeber entscheidet künftig welche Leistungen es für das Volk geben soll, sondern der Verwaltungsapparat einer Krankenkasse! Die staatlichen Krankenkassen werden dadurch de facto „entstaatlicht“. Teilweise privatisiert.

Dieser Generalangriff auf die medizinische Versorgung betrifft auch die im Gesundheitswesen Beschäftigten, z.B. Ärzte. Wie können medizinische Fachkräfte künftig noch eine gute Versorgung gewährleisten, wenn nicht mehr sie entscheiden, was der Patient braucht, sondern ein Verwaltungsangestellter einer Krankenkasse?

Damit zeigt sich nun, was die revolutionäre Arbeiterbewegung schon seit langem weiß: Die Sozialversicherungskassen in den Händen des kapitalistischen Staates sind alles andere als sicher. Sie hatten von Anbeginn an nur einen Zweck. Die Arbeitskraft aufrecht zu erhalten damit sie weiterhin vom Kapitalisten ausgebeutet werden kann. Damit sie weiter Profit bringt. Wenn wir eine moderne medizinische Versorgung wollen, die den Namen auch verdient, gibt es nur einen Weg. Wir müssen die Krankenkassen, das Gesundheitswesen in unsere eigenen Hände nehmen. In einem Staat der Arbeiter- und Volksdemokratie! Im Sozialismus! Nur dann können unsere Krankenhäuser mehr sein als lediglich Reparaturwerkstätten damit wir möglichst bald wieder den Reichtum der Quandts, Schäffler, von Audi, VW und Co vermehren. Erst dann wird derjenige der heute Medizin studiert oder einen anderen Beruf im Gesundheitswesen erlernt wieder zum Wohle des Patienten tätig werden! Nicht nach der Vorgabe von Verwaltungskräften bzw. dem Diktat der Profitmaximierung!

## Mütterrente gegen „Altersarmut“?

Angeblich soll die „Mütterrente“ allen erziehenden Frauen zu gute kommen. Allen. Die CSU erweckt demagogisch den Eindruck als wäre die Tatsache, dass Frauen im Alter durchschnittlich 60% weniger Rente im Alter erhalten<sup>2</sup> hauptsächlich darauf zurückzuführen, dass sie während der Kindererziehung nicht berufstätig sind. Diese Behauptung kann durch die Erkenntnisse der Sozialverbände, z.B. des VdK<sup>3</sup>, nicht bestätigt werden. Frauen sind überdurchschnittlich oft im sog. „Niedriglohnsektor“ beschäftigt oder können, weil es nicht genug Kita-Plätze gibt, nur noch in Teilzeit arbeiten. Aber genau dann bekommt man aus der „Mütterrente“ keinen Cent! Die Frau muss sich voll und ganz der Kindererziehung widmen und darf während dieser Zeit nicht berufstätig sein. Wer schon früh wieder arbeiten gehen muss, weil sonst das Geld für Miete, Strom, Essen und Kleidung nicht reicht, der bekommt nichts! Und außerdem bekommt man ja für die Rentenbezüge nur etwas angerechnet, wenn die Kinder vor 1992 geboren wurden. Das heißt für alle die heute 20 oder 30 Jahre alt sind und die alleine schon aus finanziellen Gründen überhaupt nicht die Möglichkeit haben sich zu entscheiden, ob sie auch mit einem Kind arbeiten gehen, die bekommen

nichts. Ein wirksames Mittel gegen „Altersarmut“ ist diese Mütterrente also nicht. Von ihr profitieren nur diejenigen die es sich leisten können, während der Zeit der Kindererziehung zu Hause zu bleiben. Also die Reichen und jene Teile des Kleinbürgertums die nicht jeden Cent zweimal umdrehen müssen!



## Das Erneuerbare-Energien-Gesetz. Das Parlament darf „Ja“ sagen ohne es zu kennen:

Am 27. Juni wurde an dem EEG wieder einmal herum gebastelt. Kurz vorab ein paar Worte zur sog. „Energiewende“: Die Einführung des EEG durch die damalige Rot-Grüne-Bundesregierung bewirkt vor allem eines. Ständig steigende Strompreise. Wirtschaftsminister Gabriel (SPD) erklärte dazu, dass durch die „Energiewende“ die Strompreise seit dem Jahr 2010 um mehr als 200% gestiegen sind<sup>4</sup>. Den größten Anteil davon bezahlen die Arbeiter und Werkstätten, das Volk. Die großen Kapitalisten sind von den Preissteigerungen ausgenommen. Aus Sorge um die Arbeitsplätze bei „energieintensiven“ Unternehmen muss für ihren Stromverbrauch das Volk aufkommen! Daran hat auch die Neufassung des Gesetzes, das EEG 2014, nichts geändert. Die Art und Weise wie dieses Gesetz zustande kam zeigt allerdings deutlich wie richtig es ist, von dieser Regierung als von einer Ermächtigungsgesetzgebung der Konzerne zu sprechen. Das EEG 2014-Gesetz umfasst 204 Seiten. Die Bundestagsabgeordneten erhielten die Gesetzesvorlage erst wenige Stunden vor der Abstimmung. Im „Schweinsgalopp“ wurde das Gesetz dann beschlossen. Detailliert auseinandersetzen konnten sich die Abgeordneten mit der Gesetzesvorlage nicht. Auf Kritik an diesem Vorgehen reagierte der Wirtschaftsminister lapidar mit den Worten: Dem Gesetzesentwurf seien ja auch fünf Seiten Zusammenfassung beigelegt. Die zu lesen sei ja nun wirklich „keine intellektuelle Überforderung“<sup>5</sup>. Die Regierung muss also gar nicht

mal die Opposition ausschalten wie im Faschismus. Die Opposition im Parlament, und damit ein wesentliches Element der bürgerlichen Demokratie, findet heute gar nicht mehr statt! Die Regierung degradiert das Parlament zum Statisten. Zum Wackeldackel der schön ihre Gesetze abnicken darf! Und das Parlament lässt sie gewähren!

Die KPD hatte in der Weimarer Republik lediglich zehn Prozent der Reichstagsmandate. Also knapp die Hälfte von Linken und Grünen. Aber anders als sie lehrte die KPD der Regierung und der Bourgeoisie das Fürchten. Sie mobilisierte das Volk gegen die Gewalttaten der Regierung! Organisierte große außerparlamentarische Aktionen!

Es kommt also auf uns selbst an uns dieser Regierung, die immer mehr die letzten Reste der bürgerlichen Demokratie zerschlägt, in den Weg zu stellen. Das können wir aber nicht, wenn wir alleine nur jeder für sich kämpfen. Dafür müssen wir uns zusammenschließen. Müssen wir uns organisieren! Lasst es uns anpacken. Stärkt die Freie Deutsche Jugend, lasst uns für die revolutionäre Vereinigung der Jugend in der BRD und der annektierten DDR kämpfen und stellen wir uns dieser Regierung in den Weg.

Marius

1. „Brot und Zirkusspiele“; Der Ausdruck bezeichnet auch heute noch die Strategie politischer (oder industrieller) Machthaber, das Volk mit Wahlgeschenken und eindrucksvoll inszenierten Großereignissen von wirtschaftlichen oder politischen Problemen abzulenken. ([http://de.wikipedia.org/wiki/Panem\\_et\\_circenses](http://de.wikipedia.org/wiki/Panem_et_circenses))

2. <http://www.fr-online.de/arbeit---soziales/altersarmut-vielen-frauen-droht-altersarmut,1473632,25934830.html>

3. „Gegründet wurde der VdK Deutschland im Jahr 1950 unter dem Namen ‚Verband der Kriegsbeschädigten, Kriegshinterbliebenen und Sozialrentner Deutschlands e. V.‘. Heute heißt der Verband offiziell ‚Sozialverband VdK Deutschland e.V.‘“ ([vdk.de](http://vdk.de))

4. [http://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2014/kw26\\_de\\_eeg/283688](http://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2014/kw26_de_eeg/283688)

5. <http://www.zeit.de/news/2014-06/26/deutschland-gabriel-weist-oppositions-kritik-an-eeg-nachbesserungen-zurueck-26120603>

# Posse auf Stahlfass der Agitproptruppe Roter Pfeffer

Etwa Anno Domini 2001

*kommt ein Kleinkapitalist zu einem Großkapitalisten*

Kleinkapitalist:

Hören Sie mal, Sie Großkapitalist, Ihre Deutsche Bank gibt mir keinen Kredit.

Wo bleibt da die Solidarität?

Die Steuern erwürgen mich und Sie bezahlen keinen Cent.

Wo bleibt da die Solidarität?

Sie kaufen Ihr Rohmaterial in hunderten Tonnen zum selben Preis wie ich für zehn. Sie verkaufen Ihre Waren zum Spottpreis und ich kann nicht mithalten.

Wo bleibt da die Solidarität?

Die Arbeiter stehen Schlange, verkaufen ihre Arbeitskraft zu niedrigsten Preisen und ich kann sie nicht einstellen und ausnehmen und krank arbeiten und entlassen und neue einstellen und ausnehmen und krank arbeiten und entlassen und neue ...

Großkapitalist:

Wissen Sie was, es gibt zu viele Arbeiter! Seit der Wiedervereinigung gibt es mehrere Millionen zusätzliche davon, die ihre Arbeitskraft zu Markte tragen. WIR haben gut verdient und ganze Arbeit geleistet: DDR-Volksvermögen enteignet und durchgebracht, DDR-Kombinate enteignet und kaputt gemacht! Landwirtschaft enteignet ...

Kleinkapitalist:

... und kaputt gemacht!

Großkapitalist:

Bergbau enteignet ...

Kleinkapitalist:

... und kaputt gemacht!

Großkapitalist:

Alles enteignet ...

Kleinkapitalist:

... und kaputt gemacht! Kaputt gemacht. Kaputt ...

Großkapitalist:

... Aber die Arbeitskräfte sind da! Und die Kinder von den Arbeitskräften sind da. Und die Kinder von den Kindern von den Arbeitskräften sind da. Sie stehen vor meiner Tür. Sie stehen vor Ihrer Tür.

Wenn wir nichts unternehmen, gibt es einen Aufstand.

Wir müssen solidarisch sein!

*Beide greifen zum Telefonhörer*

Beide:

Herr Schröder, lassen Sie sich etwas einfallen, wenn Sie Bundeskanzler bleiben wollen! (Hören der Gegenseite zu) Was?

(Hören der Gegenseite zu)

Hartz-Gesetze?

(Hören der Gegenseite zu)

Agenda 2010?

(Hören der Gegenseite zu)

Aha!

Hören der Gegenseite zu)

Einverstanden!

(Hören der Gegenseite zu)

Und die Gewerkschaften?

(Hören der Gegenseite zu)

Aha! Legen Sie los!

Beide legen auf

Großkapitalist:

Um die Kriegstauglichkeit dieser Republik nach innen und nach außen, kümmert sich dann meine nächste Regierung unter Frau

Merkel.

Und Sie, sehen Sie zu, dass Sie Ihre Maschinen loswerden.

Als Kleinkapitalist haben Sie neben mir keine Zukunft. (Aber ich hätte da eine Idee.)

*Zwischenmusik: ... Refrain von*

*„Those were the days“ von Mary Hopkins ...*

Anno Domini 2014

*kommt ein Großkapitalist zu einem Kleinkapitalisten*

Großkapitalist:

Hören Sie mal, Sie Kleinkapitalist, seit Sie Ihre Maschinen nicht mehr haben und Ihr Geld als Zeitarbeits-Unternehmer verdienen, lassen Sie nach. Wo bleibt Ihre Solidarität?

Kleinkapitalist:

Herr Großkapitalist; seit ich meine Maschinen nicht mehr habe und mein Geld damit verdiene, Ihnen Arbeitskräfte zuzuführen, wie ein Zuhälter die Huren, stehe ich mit einem Bein im Gefängnis

Großkapitalist:

Also irgendein Geschäftsrisiko müssen Sie schon tragen!

*Ruf aus dem Off: Leiharbeit – so ein Dreck! Werkvertrag – der muß weg!*

Kleinkapitalist:

Aber das ist noch nicht alles. Ich bin depressiv und höre Stimmen.

Großkapitalist:

*schaut sich suchend um* Aha!

Kleinkapitalist: Aber das ist noch nicht alles. Ich habe nachgedacht.

Großkapitalist:

Oh!

*Ab jetzt immer wieder diese Rufe,*

*die der Kleinkapitalist ignoriert, weil er weiß, dass er „Stimmen hört“, der Großkapitalist aber wahrnimmt.*

Kleinkapitalist:

Was passiert, wenn die Arbeiter in den Fabriken merken, dass Leiharbeit, Fremdvergabe, Werkverträge gar nicht von der Weltwirtschaftskrise kommen, sondern unser neues Geschäftsmodell sind und jeder betroffen werden kann?

*Rufe ...*

Großkapitalist:

*schaut sich suchend um* Dazu wissen sie zu wenig.

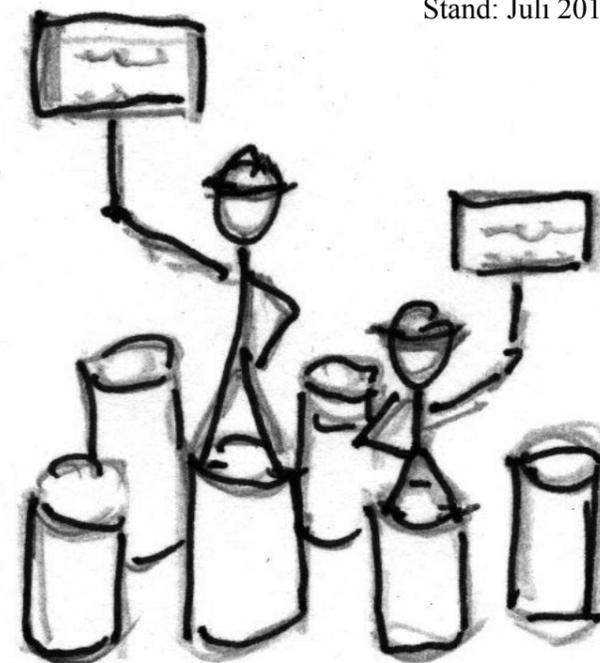
Kleinkapitalist:

Aha! Und was passiert, wenn die Festangestellten in den Fabriken sich mit den Leiharbeitern zusammenschließen?

*Rufe ...*

Großkapitalist:

*schaut sich suchend um* Das werden die entscheidenden



Kreise in den Gewerkschaften zu verhindern wissen.

Kleinkapitalist:

Aha!

Und was passiert, wenn die Arbeiter in den Fabriken merken, dass sie auch ohne UNS produzieren können?

*Rufe ...*

Großkapitalist:

*schaut sich suchend um* Das trauen die sich selbst nicht zu.

Kleinkapitalist:

Und wenn sie es doch tun?

Großkapitalist:

Was tun?

Kleinkapitalist:

Das was WIR tun: ENTEIGNEN!

Großkapitalist:

*schaut auf seine Armbanduhr* Mein Flieger geht. Und gute Besserung! *Ab*

Kleinkapitalist:

Wo bleibt da die Solidarität? Nehmen Sie mich doch miiiiit! *Ab*

Stand: Juli 2014

## Lied von der Leiharbeit und der Arbeitermacht

Leiharbeit - so ein Dreck!  
Werkvertrag - der muss weg!  
Unser Kampf - welcher Zweck?  
Für die Welt der Arbeitermacht!

Kollege sei kampfbereit, gegen Leih-  
und Zwangsarbeit  
Für(!) die Arbeitermacht!

Leiharbeit und Werkvertrag  
Keinen Normalarbeitstag  
Heute ich morgen Du!  
Führt diese Rechtlosigkeit  
Uns doch in die Zwangsarbeit  
Der Deutschen Bank und Co.!

Leiharbeit - so ein Dreck! ...

Streik bei Daimler in Bremen  
Streik dort schon zu Tausenden  
Gegen Leiharbeit!  
Dass dies System zusammenkracht  
Braucht es die Arbeitermacht  
Es ist längst höchste Zeit!

Leiharbeit - so ein Dreck! ...

Von Krieg spricht Merkel,  
Steinmeie(e)r  
Von der Leyen, Gauck und mehr  
Für deutsche Vorherrschaft!  
Drum brauchen sie die Leiharbeit  
Zum Panzerbau durch Zwangsarbeit  
Schon bald – bis es dann kracht!

Leiharbeit - so ein Dreck! ...

Weg mit Merkel, Steinmeie(e)r  
Weg das ganze Kriegerheer  
Für die Arbeitermacht!  
Enteignet Daimler, Deutsche Bank  
Fabriken in Arbeiterhand  
Damit die Zukunft uns lacht!

Leiharbeit - so ein Dreck! ...

Text: Franz von der Agitproptruppe  
Zündstoff (Nürnberg) zum 1. Mai 2014  
Melodie: „Komsomolzenlied“ der Agit-  
proptruppe Rotes Sprachrohr (1929)  
Musikalische Bearbeitung: Agitproptruppe  
Roter Pfeffer (Bremen)  
Fassung Juni 2014

## „Leiharbeit – so ein Dreck! Werkvertrag – der muss weg!“

Unter dieser Losung haben wir vor kurzem eine Aktion der Agitproptruppe „Roter Pfeffer“, zusammen mit einer Reihe von Jugendlichen unterstützt. Stahlfässer, Schalmeien, ein Sketch und Kurzreden

wie Daimler, Arcelor-Mittal, die BLG oder DHL, die mit Tausenden von Leiharbeitern ihre Stammebelegschaften erpressen und drangsalieren, haben Sitz und Adresse hier in Bremen – und nicht „außen“.



waren das Programm und natürlich viele Gespräche mit Passanten. Leiharbeit ist kein Fremdwort, schon gar nicht in Gröpelingen. Eine Frau erzählt, dass sie seit 9 Monaten auf ihr Geld wartet, das sie als Leiharbeiterin bei einer Gebäudereinigungsfirma verdient hat. Jetzt arbeitet sie für 5 Euro die Stunde und wird noch damit erpresst, dass man sie leicht durch polnische Frauen ersetzen könne, die nur 4 Euro kriegen.

Ein Kaffeehaus-Tisch, besetzt mit sechs Erwerbslosen und Leiharbeitern. Zustimmung für uns. Aber auch üble Töne: „Der Deutsche hat ja nichts mehr zu sagen in diesem Land“. Heftige Diskussion und auch Widerspruch am Tisch: „Die Ausländer werden noch viel schlimmer angeschissen. Die ganze Leiharbeit ist ein Verbrechen!“

Ein Mann mit seiner Tochter bedankt sich bei uns. Sehr gut, was wir da machen. „Aber wir können nicht gewinnen, die Politik ist stärker wie wir“ und wieder der Zusatz „Da kommt zu viel von außen“. Leiharbeit kommt von außen? Keineswegs, die absolute Mehrheit der Sklavenhändler kommt aus unserem Land. Weit über 100 allein in Bremen! Firmen



stark und so mächtig ist, wie viele meinen. Und „die Politik“, die erscheint nur aus der Froschperspektive stärker als wir und nur so lange, wie wir bestenfalls wie die Frösche quaken, statt uns zu erheben, statt um unsere Existenz und die Zukunft unserer Kinder zu kämpfen. „Die Politik“ ist nichts anderes, als der Apparat der Herrschenden, heute also der Kapitalisten, die mit Leiharbeit und Niedriglöhnen ganze Völker niederknurren, die Kriege anzetteln, wenn ihr Profit gefährdet ist und die Dich – egal ob Leiharbeiter oder Stamarbeiter – als Kanonenfutter für ihre große Schlacht brauchen. Ja, wir brauchen die Arbeitermacht und „die Politik“ wird eine ganz andere sein. Unsere Politik wird Leiharbeit und Niedriglöhne verbieten, wird die Plünderung der Sozialkassen unverzüglich stoppen und wird, im Besitz der Fabriken, entscheiden, was und wie produziert wird. Und vor allem für ein friedliches Zusammenleben mit den anderen Völkern wird sie kämpfen.

Mehrere Menschen, jung und alt, haben uns ihre Adresse gegeben, weil sie gut finden, was wir machen und weil sie mitmachen wollen bei unserem Kampf.

Und Du?

1 Dieser Artikel wurde im „Funke“, Ausgabe Juni 2014 abgedruckt. Die Zeitung wird geschrieben, verteilt und finanziert von Vertrauensleuten und Betriebsräten des Daimler-Werkes Bremen

## Freispruch aus altnazistisch-annexionistischer Willkür

Merkwürdig, wie der Richter jetzt im April 2014 auftritt, der beim zuletzt anberaumten Prozess gegen FDJ-Hemd-Träger in Berliner und anderen Zeitungen zitiert und beschrieben wurde: Wie er tomatenköpfig die Büttel dirigierte wie ein Feldherr, mit richterlichen Strafverfügungen gegen Anwesende um sich schmiss und zuletzt den Prozess platzen ließ, um ihn scheinbar um so gründlicher aufzurollen.

Jetzt aber, da langsam ihre 70 Zuhörer aller Altersgruppen in den viel zu kleinen Saal geströmt sind und die Verhandlung gegen zwei Blauhemiträger eröffnet wird, scheint Tomatenrot einem Schamrot gewichen, und des Richters betont nette Gesten und Grinsereien überspielen nicht, wie leise er geworden ist. Die 70 Zuhörer verstehen ihn nicht. Er, der vorn in der Mitte des Saals thront, wird mehrmals aus dem Publikum aufgefordert, lauter zu sprechen. Das ist bei den seitlich sitzenden Angeklagten und ihren Verteidigerinnen, aber auch bei den Zeugen, die sogar mit dem Rücken zum Zuschauerraum sitzen, nicht nötig.

Das Geflüster und Gepiepse des Richters soll nicht über-ausgedeutet werden. Ob er nur den Ball flach halten will oder wirklich ein bisschen Angst und Unsicherheit vor den Massen hat, ob ihm vielleicht doch peinlich ist, das FDJ-Verbot von 1951 exekutieren zu sollen oder ob er nur verschlafen und heute bissel faul oder frühlingkregel ist: Man versteht kein Wort von ihm – auch nach den strafprozessordnungsgemäß eher ungebührlichen Zurufen aus dem Publikum: „Lauter bitte!“

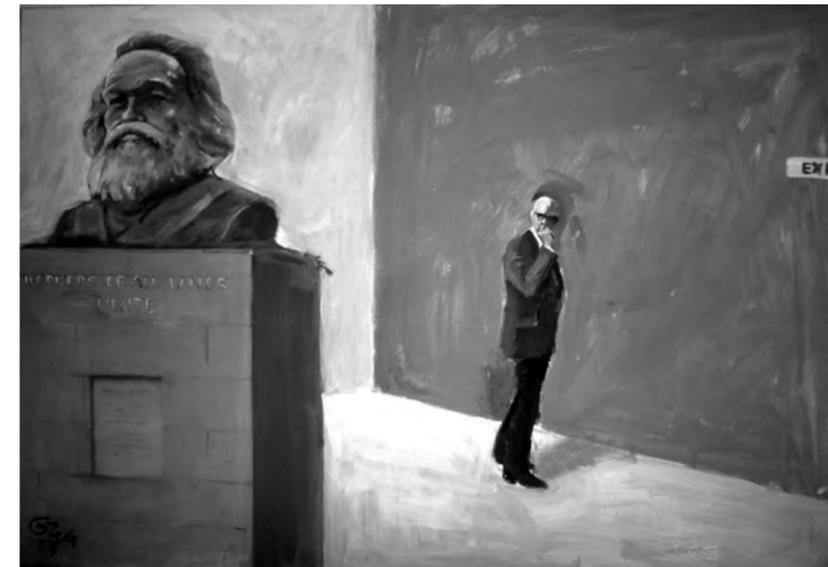
Er soll das FDJ-Verbot von 1951 exekutieren. Weder noch der Staatsanwalt sprechen es allzu deutlich aus. Der halbe Prozess dient dazu, herauszufinden, ob die FDJler bei ihrer Transpiaktion am 13.8.2012 an der ungefähr größten und jedenfalls expandierenden Gedenkstätte Deutschlands, der „Gedenkstätte Berliner Mauer“ nun gestört haben oder gestört wurden – zum Beispiel von wutschäumenden SED-Opfern attackiert wurden. Wenn die FDJler sich nur ein Sekündchen so benommen hätten wie Millionen SED-Opfer im 24/7-Dauerbetrieb, wär die formale

Handhabe da, ohne FDJ-Verbots-Schnickschnack einfach ein paar Störenfriede fertigzumachen.

Aber da ist nichts. Getreu der Lehrbuchweisheit hatte am 13.8.2012 die Reaktion mit dem Bürgerkrieg-in-spe angefangen und den Blauhemitlern tätlich bedeutet, sich von der FDGO nicht allzu gedeckt, daher eher vogelfrei zu fühlen. Formal war nichts zu holen gegen anständig meinungsäußernde Bürger im Blauhemit, was bald nurmehr der eiernde Staatsanwalt nicht begriff. Da war nur dieses Verbot von 1951, das das FDJ-Symbol einschloss. Der Richter, der in einem Staat amtiert, in dem dieses Verbot regelmäßig zur Anwendung gebracht wird, urteilt: Das Tragen von Blauhemden am 13.8.1961 an der Gedenkstätte Berliner Mauer sei

Ein Gespenst geht um in Europa.

Copyright Günter Wangerin



„geschmacklos, aber nicht strafbar.“ Sein eventuelles ästhetisches Vermögen in allen Ehren, aber dies Urteil war dann wohl doch auch im nicht strafrechtlich relevanten Teil ein durch und durch politisches. Es war blanke Willkür – Willkür, die auch mal zum Freispruch führt.

Dem war eine juristische Begriffsarbeit der Verteidigung vorangegangen, die jedes andere Urteil vorab in eine Soße von Peinlichkeit und Unappetitlichkeit marinierte. Es erstand der bis heute brodelnde schwarz-braune Sumpf der 50er Jahre, des KPD-Verbots und versuchten

VVN-Verbots durch Nazirichter, des Mords an Philipp Müller durch einen amtsausführenden BGS-Schützen. Die paradoxen Blüten des ungleichen Rechts in Ost und West nach der Annexion der DDR – mal FDJ-Verbot, mal Symbolverbot West, mal Symbolverbot großdeutsch, wie die Sonne grad so scheint – verwirren nicht nur den Richter. Sumpfbüthen betäuben halt, und der Mann wollte Schluss machen, ohne länger zu grübeln, ob er die „FDJ-Ost“ auf Basis des 1951er Verbots jagen könne.

In leidenschaftlichen Abschlussreden wandten sich die Angeklagten noch einmal ans zahlreiche Publikum, legten ihm auseinander, was es mit Mauerbau und Mauerabriss und Maueropfer-Staatsgedenken auf sich habe. Da waren Staatsanwalt und Richter aber schon lang innerlich fertig: Ersterer nahm Formalitäten wie „öffentliches Ärgernis“ herbei, um die Blauhemit-Viecher unter anderem Vorwand für Blauhemithaftigkeit zu verknacken; Letzterer wollte nicht ran

# „Ich komm von hier und es gefällt mir. Berlin ist eine sehr politische Stadt“

(Polizistin, zuständig für den reibungslosen Ablauf der Gedenkveranstaltung)

13. August 2014 an einem toten Punkt in der Bernauer Straße in Berlin. Ein hagerer Fahrradfahrer mit Nickelbrille und Trauerflor pirscht sich langsam und sichtlich verunsichert an uns und dem 3 mal 2 oder 3 m großem Transparent heran. Während er unser Transparent argwöhnisch betrachtet, versuchen wir sein betretenes Schweigen, mit Hilfe eines fröhlich-frischen „Guten Moorgen“ und unserem Flugblatt im Anschlag, zu brechen. Es klapp! Er gibt sich als der neue Oberhirte der Kapelle der Versöhnung aus, in der in einer Stunde die Messe für die „Maueropfer“ beginnen wird. Nachdem er sich bei uns versichert hat, dass seine Andacht nicht gestört wird von uns, outet er sich als Prediger des Friedens und des Antimilitarismus. Den Brief an Gauck der ostdeutschen Pfarrer hätte er auch unterschrieben, wenn, ja wenn er nicht gerade im Urlaub gewesen wäre - Und mit den Worten er werde uns seine Rede senden aber er muss jetzt los macht er sich wieder vom Acker.



**Die DDR war vieles, sie war auch:  
No freedom to travel  
for the german army!  
Keine Reisefreiheit  
für die Bundeswehr!**

Nein, natürlich haben sie uns nicht direkt an der Mauer stehen lassen. Sondern wir mussten mit unserer eigentlich nicht zu übersehenden Konstruktion in die hinterste Ecke, wo man uns natürlich dann doch übersah. Und als

dargestellt insbesondere durch Kartelle, Syndikate, Trusts und andere Monopolvereinigungen.

Weiterhin legte das Abkommen die Nachkriegsgrenzen fest. Ganz anders als aus Bonn kam aus dem Osten dazu kein zorniger Protest, kein chauvinistisches Geschrei. Im Gegenteil: Am 6.6.1950 wurde im nun polnischen Teil von Görlitz die neue Grenze zwischen Deutschland und Polen feierlich besiegelt. Adenauer tobte über das Görlitzer Abkommen und fasste zusammen, was man in der BRD von der Oder-Neiße-Friedensgrenze hielt: „Lassen Sie mich mit letzter Klarheit sagen, das Land jenseits der Oder-Neiße-Grenze gehört für uns zu Deutschland ...“ Apalpus für solche Sprüche gab's von den mit Nazis vollgestopften Verbänden, die entgegen den Potsdamer Beschlüssen in Westdeutschland wie Pilze aus dem Boden schossen und ihren Revanchismus verspritzten.

Deutschland wurde aufgeteilt in vier Besatzungszonen, drei für Frankreich, Großbritannien und die USA und eine für die Sowjetunion, kurz SBZ. Während man in der SBZ daran ging, ein D des Potsdamer Abkommens nach dem anderen umzusetzen, blieb es in den westlichen Besatzungszonen im Großen und Ganzen bei den „guten alten deutschen Verhältnissen“. Mehr und mehr war der Antriebsmotor des Handelns nicht mehr die Sorge um eine Wiederholung der braunen Pest des deutschen Faschismus, die Westmächte sahen immer großzügig weg und Rot. Die neue Rechnung der Westmächte: *Der Feind der Bolschewisten ist mein Freund*. Dies sollte bekanntlich für USA & Co später noch gewaltig in die eigene Hose gehen (...)

Die drei Westzonen machten sie zu einer großen „Trizone“, gegen die kleine Vierte. Ein vorweggenommener Teilungsplan, wie sich bald zeigen sollte. Die vormals gemeinsamen Beschlüsse wurden mit dem Zerfall der Anti-Hitler-Koalition in der Westzone eine



Demonstrantin in London, 1961

Laut den letzten 1000 offiziellen Publikationen zum Thema „Mauer“ ist die Sache klar. „Ulbrichts DDR“ baute die „Mauer“, nachdem Stalin & Co. zum „Entsetzen der zivilisierten Welt“ Deutschland gespalten hatten. Dagegen stand bekanntlich der „freie Westen“, vornehmlich die „freie BRD“. So oder ähnlich - wie auch immer: dazu gibt's die bekannten Bilder, die von „Trennung und Leid der Deutschen“ erzählen, das die Siegermächte über sie brachten.

Aber ist damit alles und alles richtig gesagt? War der Bau der „Mauer“ nicht nur ein Schlusspunkt nach einer langen widersprüchlichen Entwicklung zweier deutscher Staaten? Warum gab es zwei davon, und was war für den einen so wichtig, dass er mit dem anderen nicht konnte?

**Auch am Anfang dieser deutschen Geschichte steht ein Krieg**

Diesmal der 2. Deutsche Weltkrieg, und was es an Bestialität gegen die Menschheit bis dato gab, Nazideutschland überflügelte alles Dagewesene. Es definierte mit der Shoah die Feindschaft gegen das menschliche Leben neu. Zum Entsetzen der zivilisierten Welt. Die schlug vereint im Namen der Freiheit und des Lebens den deutschen Faschismus nieder. Eine Befreiung! Sbasibo-Thanks-Merci und Danke!

Die Befreier vergalten nicht Gleiches mit Gleichem. Das deutsche Volk wurde nicht erschossen, erschlagen, verbrannt, weder ausgehungert noch vergast, so wie es die Deutschen mit Millionen getan hatten. Was aber stattdessen zu tun ist, war zu beraten. Dazu traten sich die Regierungsspitzen der vier wichtigsten Mitgliedsstaaten der Anti-Hitler-Koalition. Und weil das in Potsdam geschah, genau am 2. August 1945, nannte man das Ergebnis dieser Beratung fortan das **Potsdamer Abkommen**. Seine wichtigsten Beschlüsse gingen als die „4 Ds“ in die Geschichte - und im Osten auch in die Geschichtsbücher ein. **D** wie ...:

- 1. D enazifizierung:** Verbot der NSDAP und aller anderen Nazivereine, Bestrafung aller Kriegsverbrecher, faschistische, rassistische, antisemitische, chauvinistische Propaganda unter Strafe.
- 2. D emilitarisierung:** Völlige Abrüstung, Zerschlagung aller militärischen und zum Erhalt der militärischen Tradition geeigneten Organisationen. Zerschlagung der Rüstungsindustrie.
- 3. D emokratisierung:** Umgestaltung des öffentlichen Lebens auf demokratischer Grundlage, Abschaffung sämtlicher Gesetze und Verordnungen der Nazis, Zulassung antifaschistischer, demokratischer Organisationen.
- 4. D ezentralisierung:** Vernichtung der bestehenden übermäßigen Konzentration der Wirtschaftskraft,

störende Unwichtigkeit. So fand das deutsche Großkapital und sein Faschistenpack sein Winterquartier im Schatten des Antikommunismus des sich abzeichnenden kalten Krieges gegen die Sowjetunion.

Der Umgang mit dem Potsdamer Beschlüssen wurde zur Roten Linie zwischen den Zonen. Während im Osten auf die Kriegsverbrecher und Finanziers des Hitler-Enteignung und Todesstrafe warteten, kamen sich in Westdeutschland in die Regierung und bauten sich eine neue Armee - und auf Basis ihrer Kriegsbeute neue Firmenimperien auf. Wo ihre Geschichte, die Geschichte der Siemens, Daimler, Deutsche Bank & Co. in der DDR mit der Überführung in Volkseigentum endete, ging sie in der BRD ungebremst weiter. Justiz, Wissenschaft, Forschung & Schule, Wirtschaft, Gesundheitswesen, wohin man auch schaute, der Osten machte es anders, der Westen machte nur weiter. Die BRD baute auf die alten Experten, wirtschaftlich reichte sich das. Die DDR riss jede alte Struktur nieder, auch wenn dann erstmal nichts mehr funktionierte und sie das wirtschaftlich gesehen ins Minus riss.

Durch Deutschland ging ein tiefer Riss, nicht nur entlang der Fragen, die das Potsdamer Abkommen aufwarf. Für den Westen konnte er nicht schnell und tief genug gehen. Dort gab man Richtung und Geschwindigkeit vor: Verweigerung der verbindlichen Reparationsleistungen an die Sowjetunion, endgültige Spaltung des deutschen Wirtschaftsraum durch eine separate Währungsreform, danach Gründung des Separatstaates BRD und seine Einordnung in das westliche Militärbündnis NATO, Aufstellung der Bundeswehr unter Führung von Nazimilitärs.

Der SBZ blieb nur, um den 1945 gemeinsam mit dem Westen eingeschlagenen Kurs zu betreten und dann letztlich auch mit Tatsachen zu reagieren: Gründung der DDR und des Warschauer Verteidigungspaktes, Aufstellung der NVA, Sicherung der Staatsgrenze der DDR. Wovor hatte Adenauers Westen so eine Angst? Was war so unannehmbar für das Gebiet der alten deutschen Banken und Konzerne? Warum wurde jedes Angebot des Ostens, sich an einen Tisch zu setzen, abgelehnt?

- Wollte man Frieden und nicht Krieg?

Wohl kaum: auf die vorgeschriebenen Abrüstungsmaßnahmen wurde im Westen geschissen. Mit Nazi-Generälen baute man die Führung einer gegen das Abkommen aufgestellten Bundeswehr. *„Wer als ehemaliger Angehöriger der Waffen SS die Pflege soldatischer Tradition sucht, ist als ehemaliger Soldat bei der Bundeswehr willkommen“*, sagte, um da keinen Zweifel aufkommen zu lassen, 1965 Ulrich von Hassel, BRD-Verteidigungsminister.

- Oder ging es um die Menschenrechte, ging es um die Brüder und Schwestern in der Zone?

wir uns schön demokratisch unter diese Gedenkfeierlichkeiten mischen wollten, durften wir das erst als das ganze offiziell beendet war. Aber da hats dann einfach gereicht uns mit Blauhemd mitten unter die alten Schwerter zu Pflugscharen Kämpfer zu stellen und unsere gemeinsame Flugschrift mit Berlinern Gewerkschaftern zu verteilen...

Da brauchste dann manchmal schon Nerven, dass Dir nicht die Galle übergeht, bei den dummdreisten Anfeindungen die da kommen. Aber ganz ehrlich, gerade in Zeiten wie diesen, ist es noch das mindeste was wir machen müssen. Sind wir auch wenig, wo wir Gelegenheit haben werden wir ihre Lügen und Kriegstreiberereien angreifen.

Die Flugschrift haben wir nebenan abgedruckt. Lohnt sich zu lesen. Wir haben versprochen bei nächster Gelegenheit wieder vorbeizukommen. Und dank der praktischen Erfahrung (ein Mal mit und ein Mal ohne Anmeldung), werden wir uns das mit der Anmeldung das nächste Mal wohl sparen müssen. Für alle Beteiligten würde dies weniger Stress bedeuten. Dank an die Berliner Polizei für ihren Wink mit dem Zaunpfahl in diese Richtung.

Stas & Ger

Der Preis, den der Osten mit der aufgezwungenen Spaltung dafür zu zahlen hatte, war ökonomisches Desaster, das ihre Wirtschaft vom ersten bis zum letzten Tag massiv behinderte. Für den Westen dagegen war die Spaltung billig zu haben. Brachte sie der BRD doch eine machtvolle ökonomische Position gegenüber der DDR, die ihr ermöglichte, den Nachbarn wirtschaftlich zu strangelücken, ihn zu erpressen. Die für den Westen überaus günstigen ökonomischen Teilungsproportionen sorgten zusammen mit der massiven Injektion von ausländischem Kapital durch den Marshallplan u.ä. und den aus der DDR strömenden gut ausgebildeten Arbeitskräften für ein Wirtschaftsgelände zwischen den beiden deutschen Staaten, das die noch offene Grenze dazwischen zu einer Membran des ökonomischen Ausblutens Ostdeutschlands machen musste.

Drüben lockten höhere Löhne und ein Wirtschaftswunder, das alles Andere als verwunderlich war, auch lockte die Ruhe vor der im Osten tobenden Auseinandersetzung mit der deutschen Vergangenheit. In der DDR dagegen „lockten“ erstmal nicht mehr als das Versprechen, das alles anders würde, harte Arbeit für Essenmarken und die Anwesenheit dieser Russen, die man zu hassen in den letzten Jahrzehnten von Kaiser & Führer von der Piekke auf gelernt hatte. Zu Hunderttausenden verließen die Menschen die DDR, es waren nach dem alten Nazis von 1945 gerade die jungen, gut ausgebildeten, die gingen. Auch wenn die Mehrheit blieb und sich für diesen so schweren Neuanfang in Flur und Köpfen entschied, die gerissenen Lücken konnten nicht mehr gefüllt werden. In den Monaten vor dem „Mauerbau“ hatte die DDR das erste Mal den kalten Krieg, den man drüben gegen sie am Laufen hielt, verloren. Wohlstand, Wirtschaftswunder und der behäglige Schlussstrich unter die Geschichte hatten kurz nach dem Krieg für zu viele weitaus mehr Anziehungskraft als Antifaschismus, Antimilitarismus und Sozialismus. Denn dies waren und sind keine Garantien für »Wohlstand und Vergnügen«, sondern für viel Verantwortung, für Siege und Rückschläge täglich - und vor allem für mächtige Feinde.

Die offene Grenze öffnete nicht nur Währungs- und Warespekulation Tür und Tor, sondern dies eben inmitten der Stadt mit der größten Dichte an Agenten sämtlicher Geheimdienste weltweit, auch Wirtschaftsspionage und Sabotage in Ausmaßen, in dieser Konstellation hätte kein Staat der Welt solch einen „Piñal im Fleisch“ auf Dauer ausgehalten.

Niemanden in Paris, London oder New York, der einen Schimmer Ahnung hatte, verwunderte die Entscheidung für die Befestigung der Staatsgrenze zu West-

berlin. Es war nicht nur eine ökonomisch stabilisierende Entscheidung, sondern eine friedenssichernde Maßnahme. Es war nicht nur die verhasste, sondern unter der realen Bedrängnis die einzig mögliche Lösung. Dafür hatte der Bruch des Potsdamer Abkommens im Westen gesorgt. Die Lösung „Mauer“ war, wie Kennedy sagte: *„... keine sehr schöne Lösung, aber ... verdammt noch mal besser als ein Krieg.“* Auch Briten und Franzosen waren weit weniger entsetzt über den 13. August 1961, als es die westdeutschen Scharfmacher gerne gehabt hätten. Einer von ihnen, F. J. Strauß, frohlockte zuversichtlich: *„Wenn die USA vier zusätzliche Divisionen zur Verfügung stellen, Großbritannien mobilisiert und Frankreich zusätzliche Divisionen heranzführt, dann können wir eine größere militärische Aktion durchführen ...“* Dazu kam es nicht, die Westmächte hatten was gegen die Sowjetunion, aber auch gegen den 3. Weltkrieg. Adenauer & Co. heulten noch lange das Klageleid von der ausgebliebenen militärischen Hilfe des Westens gegen die „Mauer“ ...

Die Leute im Osten kostete diese Grenze ein großes Stück Bewegungsfreiheit in Richtung Westen, die Bundeswehr ein noch größeres Stück Bewegungs- und Handlungsfreiheit in Richtung Osten; kostete die DDR Millionen, die sie nicht hatte, und einen Sympathieverlust, den sie selbst nicht mehr ausgleichen konnte. Doch damit blieb die DDR noch weitere 28 Jahre. 28 Jahre, in denen das Potsdamer Abkommen wenigstens zwischen Elbe und Oder umgesetzt wurde.



„Antifaschischer/Antimilitaristischer Schutzwall“ - wer hat sich nicht alles über die Propaganda der DDR lustig gemacht! Manchmal werden die Beweggründe einer Entscheidung erst nach ihrer Revidierung sichtbar. Nach über 200 Mordeopfern deutscher Faschisten (auch derer im Verfassungsschutz) seit dem Anschluss der DDR, nach der Durchführung des ersten deutschen Angriffskrieges nach 54 Jahren Waffenruhe mit Bomben auf Belgrad 1999 ist uns das Lachen im Halse stecken geblieben. Ja, das Lachen stirbt, nachdem Europa wieder zum deutschen Hinterhof geworden ist, die Bundeswehr weiter nach Osten marschiert und in aller Öffentlichkeit wieder für einen neuen Weltkrieg gerüstet wird. - Die Grenze der DDR war vieles, sie war auch:

**No freedom to travel for the german army!  
Keine Reisefreiheit für die Bundeswehr!**

Berliner Gewerkschafter bei Secarts.org

www.FDI.de



## Schritt für Schritt zur „Normalität“ oder mit Franz Josef Strauß: „Ein Volk, das diese wirtschaftlichen Leistungen erbracht, hat ein Recht darauf, von Auschwitz nichts mehr hören zu wollen!“

Fast 25 Jahre sind nun vergangen, seitdem die Mauer, die verhinderte, dass deutsche Soldaten Reisefreiheit in der ganzen Welt genießen, diesen Zweck nicht mehr erfüllen kann. Seitdem wird ein „Tabu“ nach dem anderen gebrochen. Und darum geht es bei der jetzigen Diskussion um Waffenlieferungen für „Kurdistan“. Kriegsministerin von der Leyen spricht es aus: „Wichtiger als die Frage, ob und welche Waffe wir am Ende liefern, ist die Bereitschaft, Tabus beiseite zu legen“. Im Deutschlandradio formulierte es Ulrike Winkelmann so: „Ob es also diese ‚Wende‘ in der deutschen Außenpolitik gibt, hängt weniger von der Sache selbst, als von deren Stilisierung ab. Das heißt: Der Kurswechsel wird so harsch und bedeutsam ausfallen, wie es die zuständigen Instanzen behaupten. Denn sie wollen mit dem Einzelfall Politik machen“. Mit einer medialen Propagandashow gegen die ISIS, die man sich gegen den Schlächter von Kunduz, (mittlerweile) Brigadegeneral Klein, gewünscht hätte, bereitet man die lang vorbereitete gesellschaftliche Diskussion für mehr Einmischung Deutschlands in der Welt, in ihrem Sinne vor. Zudem entwickelt sich diese Ermächtigungsregierung in die Richtung, die der Kronjuristen der Nazis, Carl Schmitt, einst präferierte: „Die Ausnahme ist interessanter als der Normalfall. Das Normale beweist nichts, die Ausnahme beweist alles; sie bestätigt nicht nur die Regel, die Regel lebt überhaupt nur von der Ausnahme. In der Ausnahme durchbricht die Kraft des wirklichen Lebens die Kruste einer in der Wiederholung erstarrten Mechanik“. Wenn die Ausnahme über die Regel herrscht, herrscht die Willkür über das Recht!

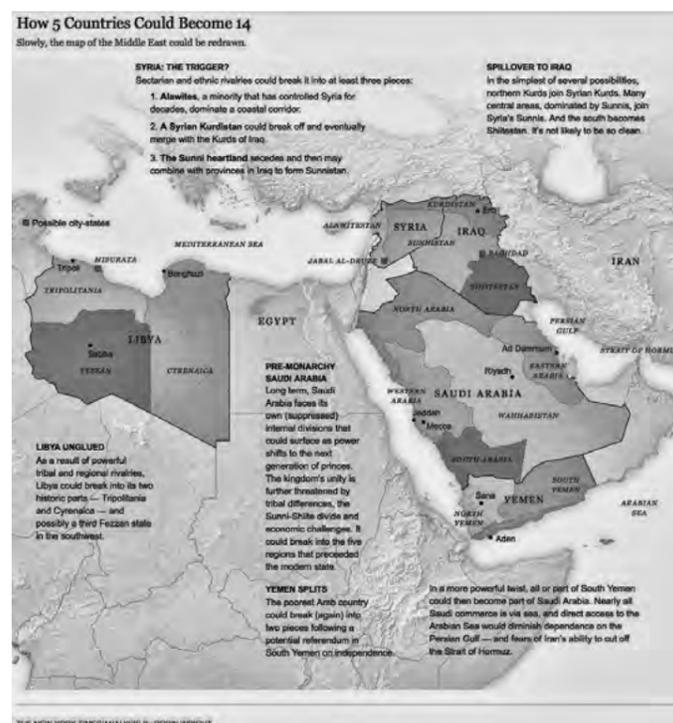
Tabubrüche sind aber seit der Annexion der DDR an der Tagesordnung, bedeutet dies ja auch einen qualitativen Sprung, um aus einem Staat der Nachkriegsordnung zu einem Staat der Vorkriegsordnung zu pervertieren. Hier die kleine Abfolge im Militärischen: Zunächst wurde beschlossen deutsche Soldaten ohne Schießbefehl ins Ausland zu schicken, wie z.B. 1991 bei der „Operation Kurdenhilfe“. Zwei Jahre später wird die Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) in Deutschland verboten. Ein

Einfallstor für den Krieg gegen andere Völker, wie 1962 der erstmalige Einsatz von Bundeswehrsoldaten bei der Flutkatastrophe in Hamburg das Einfallstor für den Krieg gegen das eigene Volk war. Dank Fischerman's Friends und deren Wahn, dass die Erbauer von Auschwitz und deren Enkel nun ein neuerliches Auschwitz in Jugoslawien verhindern müssten, kam es 1999 zum ersten „richtigen“ Kriegseinsatz für Deutschland. Jugoslawien ward zerschlagen dank diesem „europäischen Einigungskrieg“ (Frankfurter Allgemeine Zeitung). Der neue „archaische Kämpfer“ (Generalleutnant a.D. Hans-Otto Budde) der Bundeswehr ward geboren.

Letztlich, nach dem der damalige deutsche Botschafter in Washington D.C., Wolfgang Ischinger, angestellt bei dem Rechtsnachfolger der Auschwitz-Versicherer, bei den USA erbetteln konnte, dass Deutschland bei deren „Krieg gegen den Terror“ mitmachen darf, wird Deutschland „am Hindukusch“ und kurz darauf in der „ganzen Welt“ verteidigt. Und das Bundesverfassungsgericht „legalisierte“ jedes Mal nach getaner Rechtsverletzung die willkürlichen, rechtlosen Akte jeder Bundesregierung im Zeitalter des Vorkriegs. Letztes

militaristisches Kunststück des Deutschen liebsten Schmuckstücks in Sachen Recht und Gerechtigkeit war vor zwei Jahren das Urteil für den Einsatz der Bundeswehr gegen das eigene Volk. Würde dieses Gericht den rechtslegalistischen und somit gedankenlos Agierenden erklären, den Faschismus einführen zu müssen, es würde hingenommen werden, wie eine Bürde, die man halt zu tragen habe.

Zum 75. Jahrestag des deutschen Angriffs auf Polen, des Beginns des militärisch geführten Weltkrieges, wird der Bundestag öffentlichkeitswirksam ein neues Kapital bundesdeutscher Grausamkeit im Ausland aufschlagen: die Ausfuhr von Kriegsgütern in ein Kriegsgebiet. Sehr neu ist das nicht. Erinnerung sei an eines von sehr vielen Beispielen: das Aufmotzen der UCK-Kämpfer durch Deutschland. Dass für den ganzen Nahen und Mittleren Osten eine Balkanisierung droht, wo kleine, für die imperialistischen Staaten leicht zu verwaltende, „ethnisch homogene“, staatsähnliche Gebilde entstehen werden, scheint ausgemacht. Die USA scheint sich aus diesem „geopolitischen Raum“ zurückziehen zu wollen, um sich gegen China in Stellung zu bringen. Die Engländer und



Franzosen sind dort verhasst. Das liegt an ihrer Kolonialgeschichte, das mit die Ursache dafür ist, dass in dieser Region bis heute kein bürgerlich-kapitalistischer Nationalstaat entstehen konnte. Stichwort: das geheime Sykes-Picot-Abkommen von 1916, das vom revolutionären Russland am 23.11.1917 öffentlich gemacht wurde, und der Hussein-MacMahon-Korrespondenz widersprach. Deswegen sehen die Grenzen dort aus, wie sie aussehen: wie auf dem Reissbrett, mit Lineal gezeichnet. Das Lineal folgte nur den imperialistischen Interessen und Kräfteverhältnissen. Die heutigen Probleme und Konflikte dürfen nicht ohne dieses historische Menetekel gesehen werden. Ähnlich wie die heutigen Probleme und Konflikte in Südosteuropa ohne dem „Berliner Kongress“ von 1878 oder die heutigen Probleme und Konflikte in Afrika ohne die „Berliner Afrika-Konferenz“ analysiert oder gar nachvollzogen und verstanden werden kann. Der deutsche Imperialismus, gewitzt agierend, erstens weil er kann (dank der Niederlage im 1. Imperialistischen Weltkrieg sowie dem darauf folgendem Verlust seiner Kolonien), zweitens weil er muss (weil mal wieder zu spät kommend bei der Aufteilung), kommt nun als „ehrlicher Makler“ zum Zuge bei der Neuordnung des Nahen und Mittleren Ostens.

Würden innerhalb der deutschen Linken anfangs Stimmen laut, deutsche Waffen für die kurdische Sache im Kampf gegen den mittelalterlichen IS-Terror zu liefern, sind diese Stimmen mittlerweile leiser geworden bis verstummt. Dies ist sicher auch der aufklärerischen Arbeit kurdischer Soli-Gruppen in Deutschland zu verdanken (Kurdisches Frauenbüro für Frieden, Kurdisches Zentrum für Öffentlichkeitsarbeit, u.v.m.) und auch dank der, der Aufklärung dienenden, Reisen verschiedener Personen in den Irak und nach Syrien, z.B. wie Ulla Jelpke. Doch davor sah man, wie schnell die im fortschrittlich-revolutionären Raum sich bewegenden Personen/ Organisationen, ohne die vom internationalen Klassenstandpunkt des Proletariats aus erfolgende konkrete Analyse der konkreten

Situation, in die Mühlen der deutschen Propagandamaschinerie eingesogen wurden. Während eines der Argumente für die Unterstützung Putins gegen die Kiewer Junta die ist, dass wir Linke zu schwach sind und Russland die Macht wäre, den drohenden Weltkrieg zu verhindern, weswegen man sich auf Russlands Seite zu stellen habe, ist eines der Argumente für deutsche Waffenlieferungen in den Irak, dass wir Linke zu schwach sind, die Kurden im Irak/ Syrien zu unterstützen, und Deutschland die Macht wäre, sie zu unterstützen. Mittlerweile verkommt auch Liebknechts Parole von 1915: „Der Hauptfeind steht im eigenen Land“ bei vielen zu einer Floskel. Dadurch, dass diese sechs Wörter auf dem Flugblatt stehen,

*Interviewerin: „Ihre Regierung hat diese Woche eine Richtungsentscheidung getroffen. Zum ersten Mal sollen deutsche Waffen in ein Krisengebiet geliefert werden. Viele Beobachter sagen, das ist ein Paradigmen-Wechsel in der deutschen Außenpolitik.“*

*Kanzlerin Merkel: „Es ist sicherlich ein bemerkenswerter Schritt, dass wir diese Entscheidung nach sehr sorgsamer Abwägung getroffen haben. Wenn wir uns aber die Zeit seit 1990 anschauen, dann ist das ein Schritt, vor dem es schon andere gab. Ich glaub die Beteiligung am NATO-Einsatz im ehemaligen Jugoslawien war ein qualitativ völlig neuer Schritt. Die Entsendung von Kampftruppen nach Afghanistan nach dem 11. September war ein qualitativ sehr bedeutsamer Schritt. Auch sehr kontrovers diskutiert. Und jetzt haben wir die Lieferung von Waffen in einem Zusammenhang, in einem Ausnahmefall, wie wir ihn bis jetzt noch nicht gesehen haben, wo einfach ein Völkermord vor aller Augen verübt wird von den islamischen Staatsmilizen, die terroristisch agieren in einem strategischen und entschlossenem Handeln gegen alle Andersdenkenden, ob es Muslime, ob es Christen, ob es andere sind.“*

*Aus: „Bericht aus Berlin“ vom 24.08.2014: Sommerinterview mit Kanzlerin Merkel*

wird die unbeliebte Diskussion über die praktische Umsetzung geflissentlich um kurvt und so vermieden. Bei der nächsten Gelegenheit wird der Hauptfeind wieder schnell vergessen und sich gegen den nächsten Hauptfeind (wahlweise: ukrainische Faschisten, NSA, Israel, ISIS) positioniert. Erinnerung fatal ans Fanal von 1914, wo der russische Bauer und Prolet vor dem bösen Zaren gerettet werden musste.

Vor 100 Jahren begann auch die massive Propagierung und Ausweitung der mörderischen Formen des „kleinen Jihad“. Dies ist ein deutscher Exportartikel gewesen, um die Bevölkerung im Namen des von Deutschland aus propagierten Islam gegen ihre Kolonisatoren Frankreich und England aufzuwiegeln - in Afrika, Asien und Nahost. Die Propagandamaschinerie wurde von der am

1.11.1914 gegründeten „Nachrichtenstelle für den Orient“ gesteuert. Schaut euch die Menschenschlächter des Islamischen Staates ( IS) an, deren Samen vom deutschen Imperialismus gesät, gepflanzt, gepflegt und hochgezüchtet wurde. Den Jihad „made by Germany“ mussten seitdem immer die anderen Völker und Religionsgemeinschaften ernten. Juden, Sowjetbürger, US-Amerikaner, Moslems, Jesiden, Christen, Alewiten... Die Einmischung der imperialistischen Staaten bringt Tod und Verderben. Aber „reden erst die Völker selber, werden sie schnell einig sein“. (Solidaritätslied von Bertolt Brecht).

Ob mit einer Ordnungsmacht Deutschland im Nahen Osten noch ein Platz für Israel sein wird? Das Land, das, so lange es existiert, dem deutschen Großmachtstreben ein Dorn im Auge bleibt, da dieses Land der Überlebenden von Auschwitz die Erinnerung an das größte Verbrechen symbolisiert, das die Menschheit bis heute je verbrochen hat. Diese Antwort praktisch abzuwarten, dieses zu wagen, sollte niemandes Interesse sein – außer derjenigen, die Israel von der Landkarte verschwinden lassen wollen. Denn schon heute wird der genuin deutsche „Antisemitismus wegen Auschwitz“, das den Juden den Holocaust nie verzeihen wird, geschürt in Deutschland - unter dem Deckmantel des Antizionismus. So kann auch der in Deutschland verpönte „Antisemitismus trotz Auschwitz“ dazu dienen, sich durch Aktionen gegen diesen „offenen Antisemitismus“, den dumpf-blöde Nazi-Scharlatane von sich geben, als solidarisch mit den Juden ausgeben. Um hinten rum, im Zuge der Parole des Antizionismus, das Auslöschen Israels vorzubereiten. Das vielleicht gut gemeinte Credo, man sei gegen Antisemitismus, aber man dürfe doch noch Kritik üben am israelischen Staat, gehört heute zum guten Ton in diesem Lande. Dass dies einhergeht mit brennenden und beschmierten Moscheen und Synagogen in Deutschland, zeigt den Zustand in diesem Land.

# Antifaschistisches Open-Air-Kino

im Hinterhof des "Haus mit der Roten Fahne"

## Das Urteil von Nürnberg



Regie: Stanley Kramer,  
Drehbuch: Abby Mann;  
Hauptdarsteller: Spencer Tracy, Burt Lancaster, Richard Widmark, Marlene Dietrich, Maximilian Schell, William Shatner;  
Laufzeit: ca. 3 Stunden

### Freitag den

**4. Juli 2014**

**Ab 18 Uhr** Führung in der Druckerei der Arbeiterbewegung "Das Freien Buch".

### Filmbeginn

**um 19 Uhr**

Für ein kleines Essen und Getränke ist gesorgt.  
Im Hinterhof des "Hauses mit der Roten Fahne", Tulbeckstr. 4 f, 80339 München; (U 4/U 5 Schwanthaler Höhe, S-Bahn Hackerbrücke); Bei schlechtem Wetter findet die Veranstaltung innen statt. Sie ist für jung und alt angelegt.

**Eintritt frei**

Die beispiellosen Verbrechen des Nazifaschismus haben sich im Bewusstsein der Völker eingebrannt. Was aber ist mit den Millionen Tätern die diese Barbarei verübt haben nach der Befreiung vom Faschismus geschehen? Hatten sie alle nur Befehle ausgeführt und konnten dafür nicht zur Verantwortung gezogen werden? Wurden die Hauptschuldigen zur Rechenschaft gezogen und verurteilt? Was hat das alles mit heute zu tun, wo bei den Morden des NSU von "Ermittlungsspannen" und einem "Skandal" die Rede ist?

Um das wenig kommerziell anmutende Thema bei den Studio-Verantwortlichen durchsetzen zu können, trommelte Kramer eine Besetzung zusammen, die nicht nur für große schauspielerische Leistungen, sondern in erster Linie für einen Publikumserfolg sorgen sollte: Spencer Tracy als Vorsitzender Richter, Burt Lancaster als der hauptangeklagte deutsche



Vorzeigejurist, Richard Widmark als Ankläger, Montgomery Clift und Judy Garland als Zeugen und Opfer der Nazi-Verbrechen. Daneben wurde Marlene Dietrich als Ehefrau eines deutschen Offiziers besetzt. Möglich wurde diese Ausnahmebesetzung nur dadurch, dass die Schauspieler für einen Bruchteil ihrer üblichen Gage auftraten, weil sie sich mit den Anliegen des Films identifizieren konnten. Mit dieser scheinbaren Garantie für Publikumsinteresse bekam Kramer grünes Licht für sein "Urteil von Nürnberg" von 1961.

In Amerika war die Reaktion auf den Film sehr positiv. "Das Urteil von Nürnberg" wurde für 11 Oscars nominiert und sowohl Drehbuchautor Abby Mann als auch Maximilian Schell wurden ausgezeichnet.

Die Reaktion in Deutschland fiel dagegen weniger euphorisch aus. Berlins regierender Bürgermeister Willy Brandt hatte die Produzenten eingeladen, die Uraufführung in der geteilten Stadt durchzuführen.

Regisseur Stanley Kramer erinnerte sich nicht gerne an diesen Tag, den 14. Dezember 1961. "Es war der furchterregendste Abend meines Lebens. Der Film wurde völlig abgelehnt; er hat in Deutschland keine fünf Pfennig eingespielt. Er spielte vor so vielen leeren Häusern, dass er einfach aus dem Verleih genommen wurde. Die Leute fragten, wie ich, ein Amerikaner, versuchen könnte, die deutsche Schuld wieder aufzuwärmen?"

All diese Fragen kann kein Film beantworten, aber dieser Film kann uns sicherlich dabei helfen, sie zu stellen.

Der Film behandelt den Prozess gegen die Nazjuristen vor dem internationalen Militärgerichtshof in Nürnberg als einen der 13 Nürnberger Prozesse gegen die Hauptkriegsverbrecher des Nazifaschismus. Der Prozess dauerte von Februar bis zum Dezember 1947. Obgleich sich die eigentliche



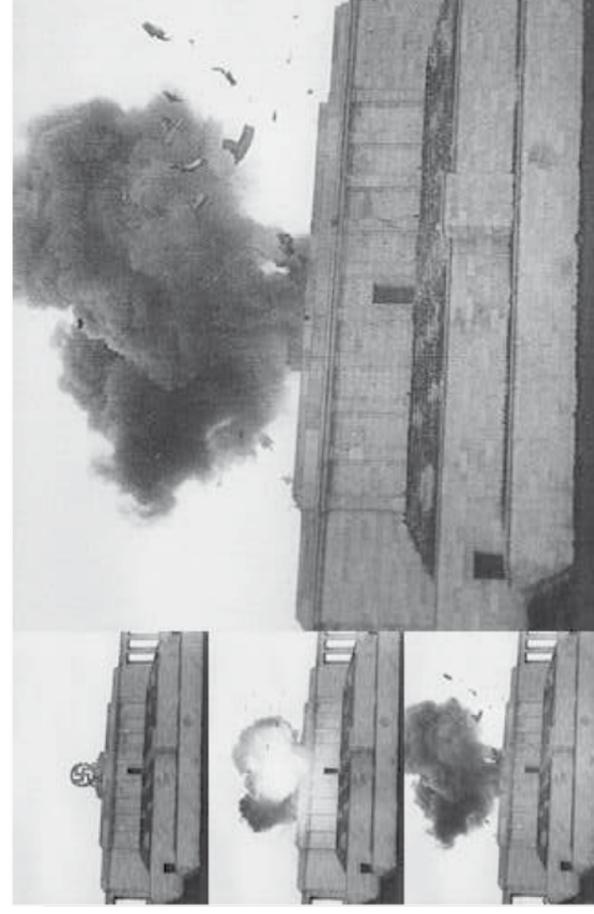
Handlung einigermaßen so zugetragen hat und das letztendliche Urteil im Film wohl auch dem verhältnismäßig nahe kommt, welches in der Realität



ausgesprochen wurde, sind die Figuren, auch die Namen der Protagonisten in "Das Urteil von Nürnberg" rein fiktiv und der Phantasie von Abby Mann, dem Drehbuchautor, entsprungen. So setzte sich das Gericht in Wirklichkeit aus vier Richtern zusammen,

im Film wiederum aus drei, und die Angeklagten belaufen sich im Film auf gerade mal vier Leute, während im wirklichen Prozess 16 Justizbeamte und Richter auf der Anklagebank saßen.

*Ich sagte, dass es in der Tat besser gewesen wäre, wenn die Deutschen es gemacht hätten, aber es ist eine Tatsache, dass sie es nicht machten. Also tat ich es."*



*Sprengung des Hakenkreuzes auf der Zeppelintribüne des Reichsparteitagsgeländes in Nürnberg, 22. April 1945*

Weil die Schuldigen, "die als Filzlaus in den Ritzen aller hohen Ämter sitzen" (B. Brecht, 1947), wieder dafür verwandt wurden, neue Verbrechen gegen den Frieden und die Menschheit vorzubereiten, ist dieses Land so wie es ist.

**Es ist an uns, Faschismus und Krieg ein für allemal den Garaus zu machen! Freundschaft siegt!**

**Freie Deutsche Jugend,  
Gruppe München**

Kontakt: [muenchen@fdj.de](mailto:muenchen@fdj.de)

Homepage: [www.fdj.de](http://www.fdj.de)

V.i.S.d.P.: Michi Posl, Tulbeckstr. 4 f, 80339 München, E.i.S.



# Wir hätten da mal eine Frage ...

Innenminister Thomas de Maizière  
will allen deutschen Terroristen  
die Staatsbürgerschaft entziehen.  
Aber wohin mit den vielen  
Bundeswehr Soldaten?



**Bundeswehr**

Afghanistan:  
Bundeswehr Oberst  
befiehlt Bombardierung.  
Über 100 Zivilisten  
sterben.

